

Vladimir Putins zensierte Pressekonferenz (Die Mitschrift, die Sie nicht sehen sollten)

Von Gregorij Jacovlev

Am Dienstag, dem 6. Juni 2007 gab der Russische Präsident Vladimir Putin eine 90minütige Pressekonferenz, die von vielen Vertretern der Weltmedien besucht wurde. Der Inhalt dieser Pressekonferenz – bei der Putin alle Fragen bezüglich der Verbreitung von Atomwaffen, Menschenrechte, Kosovo, Demokratie und die gegenwärtige Konfrontation mit den Vereinigten Staaten von Amerika über das Raketenabwehrsystem in Europa beantwortete – wurde von den westlichen Medien einer totalen Zensur unterworfen. Abgesehen von einem kurzen Ausschnitt in der ‚Washington Post‘ [den man benutzte, um Putin zu kritisieren], verschwand die gesamte Pressekonferenz in der Versenkung. Gerade so, als hätte es diese Zusammenkunft mit Journalisten aus aller Welt nie gegeben.

Putins Auftritt war ein Bravourstück. Er beantwortete alle Fragen, unbeschadet davon, ob sie irreführend oder beleidigend waren.

Er verhielt sich staatsmännisch und bewies eintiefes Verständnis für alle aktuellen Ereignisse. Diese Pressekonferenz bot Putin die Gelegenheit, seinen Standpunkt in der ausufernden Debatte über ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa darzulegen. Er bot eine kurze Zusammenfassung über die beständig schlechter werdenden amerikanisch-russischen Beziehungen seit dem Ende des so genannten ‚Kalten Krieges‘ im allgemeinen, und seit dem 11. September 2001 bis zur Gegenwart im Besonderen. Seit den Ereignissen des 11. September 2001 hat die Bush-Administration eine aggressive Strategie zur Umstellung Rußlands mit Militärstützpunkten, der Stationierung von Raketen an den Grenzen Rußlands, des Sturzes verbündeter Regime in Zentralasien betrieben. Hinzu kommt die Anstachelung und Förderung von politisch motivierten Unruhen in Moskau durch von den USA unterstützten „Pro-Demokratie“-Organisationen. Diese offen feindseligen Handlungen haben viele russische ‚Hardliner‘ davon überzeugt, daß die Bush-Administration ihren neokonservativen Plan für einen „Regimewechsel“ in Moskau und Zersplitterung der Russischen Föderation voranbringen will. Putins Zeugnis läßt darauf schließen, daß die ‚Hardliner‘ wahrscheinlich recht haben.

Die kriegerische Außenpolitik der Bush-Administration hat den Kreml in eine Ecke gedrängt und Putin gezwungen, wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten. Er hat keine Wahl.

Wenn wir verstehen wollen, warum die amerikanischen-russischen Beziehungen so schnell auf den Siedepunkt zustreben, müssen wir uns mit den wichtigsten Ereignissen seit dem Ende des Kalten Krieges vertraut machen. Eine gute Zusammenfassung liefert der amerikanische Politiker und ehemalige Republikanische Präsidentschaftskandidat Patrick J. Buchanan. Er stellt fest:

„Obwohl die Rote Armee ihre Sachen zusammengepackt und freiwillig aus Osteuropa abgezogen ist, und Moskau zunächst nicht daran zweifelte, daß das getroffene Abkommen des Inhalts, daß es zu keiner NATO-Erweiterung nicht nach Osten kommt, eingehalten wird, haben wir [US/NATO] dennoch den günstigen Augenblick zu unserem Vorteil genutzt. Nicht nur, daß wir Polen in die NATO aufgenommen haben, sondern auch Lettland, Litauen, Estland und praktisch den gesamten ehemaligen Warschauer Pakt. Dadurch haben wir die NATO direkt vor Mütterchen Rußlands Haustür plziert.

Gegenwärtig wird daran gearbeitet, auch die Ukraine und Georgien im Kaukasus, die Geburtsstätte Stalins, aufzunehmen

Zweitens, Amerika hat sich für eine Pipeline für den Transport von Öl aus dem Kaspischen Raum, insbesondere Aserbeidschan durch Georgien in die Türkei zu transportieren, um Rußland zu umgehen.

Drittens, obwohl Putin uns ‚grünes Licht‘ für die Benutzung von Stützpunkten in den alten

Sowjetrepubliken zur Befreiung Afghanistans gegeben hat, scheinen wir jetzt entschlossen zu sein, diese Stützpunkte in Zentralasien auf Dauer zu besetzen.

Viertens, obwohl Bush die Raketenabwehr als Schutz gegen Schurkenstaaten wie Nordkorea verkaufte, erfahren wir jetzt, daß solche Systeme in Osteuropa stationiert werden sollen. Gegen wen sind sie gerichtet?

Fünftens, mit Hilfe aller uns zur Verfügung stehenden Mittel und Organisationen betreiben wir jetzt unter dem Deckmantel und Vorwand der „Menschrechte“ Regimeveränderungen in Osteuropa, den ehemaligen Sowjetrepubliken und selbst in Rußland. Von den USA geförderte Revolutionen waren in Serbien, Ukraine und Georgien erfolgreich, in Belarus jedoch ein Reinfall. Moskau hat jetzt denjenigen ausländischen Organisationen per Gesetz Beschränkungen auferlegt, die nicht ohne Grund als subversiv für pro-Moskau-Regime erachtet werden.

Sechstens, Amerika hat 78 Tage und Nächte einen Bombenkrieg gegen Serbien allein aus dem Grund geführt, weil Serbien die Abspaltung der rebellischen Provinz Kosovo verhindern wollte, und sich weigerte, der NATO das Wegerecht durch sein Territorium in den Kosovo zu gewähren, der von der NATO übernommen werden sollte. Mütterchen Rußland hat stets ein ausgeprägtes mütterliches Interesse an den orthodoxen Staaten des Balkan gehabt.

Das sind die Realitäten und Probleme, mit denen sich Vladimir Putin auseinandersetzen muß. Und die Frage muß lauten: Hat er Grund zur Besorgnis und ist seine Argumentation begründet, oder nicht?

Ja – wie Buchanan meint – Putin hat allen Grund zur Besorgnis, und seine Argumente sind fundiert, und aus diesem Grund wurde seine Pressekonferenz unterdrückt. Die Medien würden Putin eher dämonisieren, als es ihm zu gestatten, seine Argumente der Öffentlichkeit vorzutragen. [Dasselbe trifft auch auf andere Staatsmänner zu, die sich dafür entschieden haben, ihre riesigen Rohstoffreserven zur Verbesserung der Lebensqualität ihrer Völker einzusetzen, als sie den transnationalen Ölgiganten zu überlassen. Beispielsweise Mahmud Ahmadinejad und Hugo Chavez]. Obwohl die NATO noch nicht einmal der Stationierung des von den Neokonservativen geplanten Raketenabwehrsystems zugestimmt hat, und nach jüngsten Umfragen in Polen und der Tschechischen Republik die Öffentliche Meinung mit überwältigender Mehrheit gegen die Aufstellung des Systems ist, kann es nicht überraschen, daß die Bush-Administration ihre Pläne trotz dieser Kontroverse unbeirrt weiter verfolgt.

Putin kann den Vereinigten Staaten von Amerika die Stationierung ihres Raketenabwehrsystems in Osteuropa nicht gestatten. Das System stellt eine direkte Bedrohung der Nationalen Sicherheit Rußlands dar. Sollte Putin beabsichtigen, ein entsprechendes System auf Kuba oder in Mexiko zu stationieren, würde sich die Bush-Administration sofort auf die ‚Monroe-Doktrin‘ berufen und mit der gewaltsamen Verhinderung drohen. Und niemand sollte daran zweifeln, daß Putin genauso entschlossen ist, die Interessen seines Landes auf dieselbe Weise zu schützen. Zweifellos wird Putin jetzt Gegenmaßnahmen einleiten, die geeignet sein dürften, die USA von ihren gegenwärtigen Plänen abzubringen.

Die Medien haben versucht, die Gefahren des vorgeschlagenen Systems herunterzuspielen. Die ‚Washington Times‘ charakterisierte es sogar als „ein unbedeutendes Verteidigungssystem, das im In- und Ausland zu einer Welle von Paranoia geführt hätte.“ Diese Argumentation kann nur als Unsinn bezeichnet werden, denn nichts könnte der Wahrheit ferner sein.

Es folgt die Übersetzung des vollständigen Textes der Pressekonferenz, die über das zuvor Gesagte hinaus, hier kommentarlos wiedergegeben wird. Möge sich der Leser selbst ein Urteil bilden.

Präsident Vladimir Putins Pressekonferenz mit Pressevertretern der G8-Mitgliedstaaten:

VLADIMIR PUTIN:

Guten Abend, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie herzlich willkommen heißen. Zu Beginn unserer Diskussion möchte ich einige Anmerkungen machen. Wir glauben, daß es sich bei dem G8-Forum um ein nützliches und interessantes Ereignis handelt, das es uns ermöglicht, unsere Ansätze in Kernfragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der globalen Wirtschaft und anderer internationaler Angelegenheiten zu synchronisieren. Und nicht nur einfach, sagen wir, unsere Uhren zu synchronisieren, sondern auch unsere Positionen zu koordinieren. Positionen, die in G8-Dokumenten ihren Niederschlag finden können, und später auch in den Dokumenten anderer internationaler Organisationen, einschließlich der UN. Und so ist es in der Vergangenheit auch gewesen.

Ich bin sehr erfreut darüber, daß die Abkommen, die wir im vergangenen Jahr in St. Petersburg beschlossen haben, nicht in Vergessenheit geraten sind. Viele unserer Übereinkünfte sind in die Praxis umgesetzt worden. Hinzu kommt, daß die deutsche G8-Präsidentschaft die wichtigsten Themen unserer Gespräche von St. Petersburg nicht vergessen hat. In Rußland sehen wir jetzt klare Beweise dafür in den Dokumenten, die von Experten ausgearbeitet wurden. Selbstverständlich bezieht sich dieser Komplex vor allem auf Energie. Aber nicht nur das. Auch, und insbesondere, die Entwicklung und Hilfe für afrikanische Staaten wurde berücksichtigt. Dazu gehört die Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Und natürlich nicht zuletzt unsere gemeinsamen Bemühungen in Bezug auf die Klimaveränderungen.

Selbstverständlich werden wir über alle diese Themen sprechen, und, wie ich bereits sagte, weitere internationale Angelegenheiten Europas, wie der Balkan und andere Probleme. Und ich bin sicher, daß eine offene und ehrliche Diskussion zwischen Partnern über alle diese Probleme – unbeschadet davon, wie schwierig sie auch zu lösen sein mögen – eine nützliche Diskussion ist.

Ich möchte Ihnen für Ihr Interesse danken, das Sie unserer Arbeit entgegen gebracht haben. Und ganz sicher habe ich weder die Dreistigkeit, noch die Verantwortung, um für alle meine G8-Kollegen zu sprechen. Aber ich bin bereit, mit Ihnen ausführlich über Rußlands Position zu Themenbereichen zu sprechen, von denen Sie glauben, daß von öffentlichem Interesse sind.

Das war alles, was ich einleitend sagen wollte, und ich möchte nicht noch mehr Zeit auf einen Monolog verschwenden. Ich höre Ihnen zu. Gehen wir an die Arbeit.

DER SPIEGEL:

Herr Präsident, es hat den Anschein, daß Rußland dem Westen nicht sehr wohlgesonnen ist. Unsere Beziehungen haben sich irgendwie verschlechtert. Und hier kann auch die Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Amerika erwähnt werden. Nähern wir uns wieder einem Kalten Krieg?

VLADIMIR PUTIN:

Man kann bei internationalen Beziehungen kaum dieselbe Terminologie verwenden, bei Beziehungen zwischen Ländern, die auf eine Beziehung zwischen Menschen zutreffen würde – insbesondere während ihrer Flitterwochen oder auf die Vorbereitungen für den Gang zum Standesamt.

Im Verlauf der Geschichte waren Interessen stets der wichtigste Organisationsfaktor für Beziehungen zwischen Staaten und in der internationalen Arena. Und je zivilisierter diese Beziehungen werden, desto deutlicher wird, daß die eigenen Interessen gegenüber den Interessen anderer Staaten ausgewogen sein müssen. Man muß dazu fähig sein, Kompromisse zu finden, um auch die schwierigsten Probleme und Angelegenheiten lösen zu können.

Eine der gegenwärtigen Hauptschwierigkeiten besteht darin, daß bestimmte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft von der Richtigkeit ihrer eigenen Meinung völlig überzeugt

sind, und selbstverständlich trägt dies kaum dazu bei, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die ich für unverzichtbar halte, wenn es um mehr als lediglich gegenseitig annehmbare Lösungen geht. Nämlich um das Finden der optimalen Lösungen. Aber wir meinen auch, daß wir nicht alles übermäßig dramatisieren sollten. Wenn wir unsere Meinung offen, herrlich und direkt äußern, bedeutet es nicht, daß wir auf Konfrontation aus sind. Außerdem bin ich zutiefst davon überzeugt, daß die Weideraufnahme ehrlicher Diskussionen und die Fähigkeit zur Kompromissen allen Mitgliedern der internationalen Arena zum Vorteil gereichen würde. Und ich bin ebenso davon überzeugt, daß es dann bestimmte Krisen, denen sich die internationale Gemeinschaft heute gegenüber sieht, nicht geben würde, und keine so schwerwiegenden Auswirkungen auf die internationale politische Lage für bestimmte Länder. So würden die Vorgänge im Irak den Amerikanern beispielsweise keine so heftigen Kopfschmerzen bereiten. Dies ist das lebhafteste Beispiel, aber ich möchte, daß Sie mich verstehen. Und wie Sie sich erinnern werden, waren wir gegen ein militärisches Einschreiten im Irak. Heute denken wir darüber nach, daß die damalige Auseinandersetzung mit den Problemen mit anderen Mitteln zu einem besseren Ergebnis geführt hätte – nach meiner Meinung – auf jeden Fall besser, als was wir heute sehen.

Aus diesem Grund wünschen wir keine Konfrontation. Wir ziehen den Dialog vor. Aber wir möchten einen Dialog, der die Ausgewogenheit der Interessen beider Parteien berücksichtigt.

WALL STREET JOURNAL: Noch ein Nachtrag zur vorherigen Frage. Eines der akutesten kürzlichen Probleme zwischen Washington und Moskau waren die amerikanischen Pläne zur Stationierung von Elementen eines Raketenabwehrsystems in Europa. Da sich Rußland der Stationierung dieses Systems vehement widersetzt, und das Weiße Haus bestätigt, daß es seine entsprechenden Pläne dennoch durchsetzen will, dürfte sich die Konfrontation weiter verschärfen...

VLADIMIR PUTIN: Zufällig ist das die Antwort auf die vorherige Frage. Es tut mir leid – fahren Sie fort.

WALL STREET JOURNAL: ...umso mehr, als es immer mehr Staaten gibt, die sich an diesem System beteiligen wollen. Was gewinnt Rußland dadurch, daß es sich diesem System so heftig widersetzt? Hoffen Sie darauf, daß Washington seine Pläne zur Stationierung eines Raketenabwehrsystems aufgeben wird, oder verfolgen Sie andere Ziele, da Washington bereits erklärt hat, es werde nicht zulassen, daß Rußland gegen das Programm sein Veto einlegt?

VLADIMIR PUTIN: Ich möchte mit dem Adapted Conventional Armed Forces Treaty in Europe [ACAF] beginnen. Wir haben nicht nur erklärt, daß wir bereit sind, die Vorgaben dieses Abkommens zu erfüllen, wie es andere getan haben. Wir setzten dieses Abkommen real in die Praxis um: Wir haben unsere gesamten schweren Waffen aus dem europäischen Teil Rußlands abgezogen und hinter den Ural geschafft. Wir haben unsere Streitkräfte um 300.000 Mann reduziert. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen erfüllt, die von ACAF gefordert werden. Aber was haben wir als Reaktion darauf erlebt? Osteuropa erhält neue Waffen, zwei neue Militärstützpunkte werden in Rumänien und Bulgarien errichtet, und es gibt zwei neue Raketenstartgelände – ein Radar in der Tschechischen Republik und Raketenabwehrsysteme in Polen. Und wir stellen uns die Frage: Was geht da vor? Rußland rüstet unilateral ab. Wenn wir aber einseitig abrüsten, dann würden wir auch gern sehen, daß unsere Partner bereit sind, in Europa dasselbe zu tun. Im Gegenteil, Europa wird mit neuen Waffensystemen vollgepumpt. Und selbstverständlich müssen wir darüber besorgt sein.

Wie sollen wir uns unter diesen Umständen verhalten? Selbstverständlich haben wir ein Moratorium erklärt.

Dies betrifft das Raketenabwehrsystem. Aber nicht nur das System an sich. Wenn dieses

System erst installiert ist, wird es automatisch in die gesamte Atomkapazität der Vereinigten Staaten integriert sein. Es wird zu einem integralen Bestandteil der amerikanischen Atomkapazität.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit, und die Ihrer Leser auf die Tatsache lenken, daß zum ersten Mal in der Geschichte – und betone dies ausdrücklich – es Elemente der amerikanischen Atomkapazität auf dem Europäischen Kontinent gibt. Dadurch wird die gesamte Konfiguration der internationalen Sicherheit verändert. Das ist der zweite Aspekt.

Schließlich, drittens, wie rechtfertigen sie es? Durch das Bedürfnis, sich gegen iranische Raketen verteidigen zu müssen. Aber solche Raketen gibt es nicht. Der Iran verfügt nicht über Raketen mit einer Reichweite zwischen 5.000 und 8.000 Kilometern. Mit anderen Worten: Man erzählt uns, dieses Raketenabwehrsystem sei dort installiert, um sich gegen etwas zu verteidigen, das nicht existiert. Würden Sie das nicht auch in gewisser Weise als lustig bezeichnen?

Aber es wäre nur lustig, wenn es nicht so traurig wäre. Mit den uns gegebenen Erklärungen sind wir absolut nicht zufrieden. Für die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Europa gibt es absolut keine Rechtfertigung. Unsere Militärexperten sind davon überzeugt, daß dieses System eine Bedrohung des vor dem Ural gelegenen Territoriums der Russischen Föderation darstellt. Und selbstverständlich müssen wir darauf reagieren.

Und jetzt möchte ich Ihnen eine definitive Antwort auf ihre Frage geben: Was wollen Sie? Vor allem wollen wir angehört werden. Wir möchten, daß unsere Haltung verstanden wird.

Wir schließen nicht aus, daß unsere amerikanischen Partner ihre Entscheidung überdenken werden. Wir zwingen niemand irgendetwas auf. Aber wir beginnen mit dem gesunden Menschenverstand und meinen, daß auch jeder andere in der Lage sein sollte, seinen gesunden Menschenverstand zu gebrauchen. Sollte es aber nicht so sein, werden wir uns selbst von der Verantwortung für unsere Gegenmaßnahmen freisprechen, denn wir beginnen nicht mit dem, was zweifellos zu einem neuen Wettrüsten in Europa entwickeln wird. Und wir möchten, daß jedermann versteht, und zwar unmißverständlich, daß wir für dieses Wettrüsten die Verantwortung nicht übernehmen werden.

Beispielsweise dann, wenn versucht werden wird, die Verantwortung im Hinblick auf unsere Bemühungen zur Verbesserung unserer strategischen Atomwaffen auf uns zu verlagern. Wir haben nicht mit dem Rückzug aus dem ABM-Vertrag begonnen. Aber wie haben wir geantwortet, als wir diese Angelegenheit mit unserem amerikanischen Partner besprochen haben? Wir sagten, wir hätten weder die Ressourcen, noch den Wunsch, ein solches System zu stationieren. Aber als Experten wissen wir beide, daß ein Raketenabwehrsystem auf der einen Seite, und kein solches System auf der anderen, lediglich die Illusion von größerer Sicherheit schafft, in Wirklichkeit aber die Möglichkeit eines atomaren Konflikts erhöht

Ich spreche rein theoretisch – es hat keine persönliche Dimension. Das strategische Gleichgewicht in der Welt wird zerstört. Um dieses Gleichgewicht wieder herzustellen, ohne selbst ein Raketenabwehrsystem zu installieren, müssen wir ein System entwickeln, mit dem die Raketenverteidigung überwunden werden kann. Und genau damit beschäftigen wir uns jetzt.

An diesem Punkt erklärten unsere Partner. „Daran ist doch nichts falsch, wir sind keine Feinde, wir werden nicht gegeneinander arbeiten.“ Wir möchten darauf hinweisen, daß wir ihnen schlicht geantwortet haben: „Wir haben euch gewarnt, wir haben darüber gesprochen, ihr habt uns in einer bestimmten Weise geantwortet. Darum tun wir jetzt genau das, was zu tun, wir angekündigt haben.“ Und wenn sie dieses Raketenabwehrsystem in Europa stationieren – wovor wir hier und heute noch einmal warnen – werden wir Gegenmaßnahmen treffen. Wir müssen unsere Sicherheit

gewährleisten. Und wir sind nicht diejenigen, die diesen Prozeß eingeleitet haben. Und, schließlich, noch ein Letztes. Nochmals, ich möchte nicht, daß Sie unter der Vorstellung leiden, daß wir irgendjemand unsere Freundschaft aufgekündigt haben. Aber manchmal frage ich mich: Warum tun sie alles das? Warum versuchen unsere amerikanischen Partner so beharrlich, ein Raketenabwehrsystem in Europa zu stationieren, wenn – und das ist eindeutig – es nicht zur Verteidigung gegen iranischer oder – noch offensichtlicher – nordkoreanische Raketen benötigt wird? (Wir alle wissen, wo Nordkorea auf dem Globus zu finden ist, und welche Reichweite diese Raketen haben müßten, um Europa zu erreichen). Also ist dieses System eindeutig nicht gegen sie gerichtet, und ebenso eindeutig nicht gegen uns, denn jedermann weiß, daß sich Rußland nicht auf einen Angriff gegen irgendein Land vorbereitet. Also warum? Geht es vielleicht darum, uns zur Durchführung dieser Gegenmaßnahmen zu zwingen? Und eine weitere Entspannung zwischen Rußland und Europa zu verhindern? Sollte dies der Fall sein – und ich behaupte nicht, es sei so, sondern lediglich eine Möglichkeit sein könnte – dann glaube ich, daß es sich um einen weiteren schweren Fehler handelt, denn dies ist nicht der Weg zur Verbesserung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

DER SPIEGEL: Eine kurze Zusatzfrage: Haben Sie schon einmal die Möglichkeit in Erwägung gezogen, ein ähnliches russisches Raketenabwehrsystem irgendwo in der Nähe der Vereinigten Staaten, beispielsweise auf Kuba, zu stationieren?

VLADIMIR PUTIN: Sehen Sie, ich hätte es noch angesprochen, aber Sie sind mir zuvor gekommen. Wir planen nichts dergleichen und, wie allgemein bekannt, haben wir erst kürzlich unsere Stützpunkte auf Kuba demontiert. Zur selben Zeit, wo die Amerikaner in Europa, Rumänien und Bulgarien neue Stützpunkte errichten. Wir haben unsere Stützpunkte demontiert, weil sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unsere Außenpolitik, wie auch die Russische Gesellschaft selbst verändert hat. Wir wollen keine Konfrontation, wir wollen Zusammenarbeit. Und wir benötigen keine Stützpunkte in unmittelbarer Nähe irgendeines Staates und folglich planen wir nichts dergleichen. Das ist das Erste.

Das Zweite. Grundsätzlich, als eine Regel, benötigen moderne Waffensysteme solche Stützpunkte nicht. Es handelt sich im allgemeinen um politische Entscheidungen.

NIKKEI: Ich bin hier der einzige Vertreter aus Asien. Ich möchte Sie zu Ihrer Asienpolitik befragen. Wie ist ihre generelle Einstellung gegenüber asiatischen Ländern? Es kann sein, daß Ihnen die Frage nicht gefällt, aber ich muß Sie dennoch bezüglich der Nördlichen Territorien und den Disput zwischen Japan und Rußland befragen. Ich habe gerade von Kollegen aus Tokio erfahren, daß Japan und Rußland am 7. Juni 2007 ein Gipfeltreffen veranstalten. Und Premierminister Abe wird zweifellos die Frage der Nördlichen Territorien ansprechen. Er hat bereits unmißverständlich erklärt, er möchte mit Ihnen, Herr Putin, in dieser Sache zu einer endgültigen Entscheidung kommen. Und das bedeutet, daß Sie sich noch vor Ende Ihrer Amtszeit mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen. Wie lautet Ihre Antwort auf seine politischen Absichten?

VLADIMIR PUTIN: Wie Sie wissen, befindet sich ein beachtlicher Anteil des russischen Territoriums in Asien. Der Asiatische Kontinent entwickelt sich sehr schnell und ist für uns äußerst interessant, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Er ist nicht nur interessant, weil wir viele Energiequellen besitzen, etwas, woran es den asiatischen Ländern mangelt, was die Möglichkeit der Zusammenarbeit auf dem Energiesektor ermöglicht. Aber es besteht auch die Möglichkeit zu einer breiter angelegten Zusammenarbeit. Wir glauben, daß wir bestimmte Dinge besprechen müssen, und es Raum für eine Zusammenarbeit auf dem Hochtechnologie-Sektor gibt. Wir erwarten, daß diese Zusammenarbeit für uns bei der Entwicklung des asiatischen Teils Rußlands nützlich sein wird. Wir haben jetzt Programme zur Entwicklung dieser russischen Regionen entwickelt und beabsichtigen, ihnen die höchste Aufmerksamkeit zu widmen. Alles das hängt mit unserem Interesse an

unseren asiatischen Partnern zusammen.

Wahrscheinlich ist Ihnen bekannt, daß unser Handel mit China und Japan ständig umfangreicher wird. Ich meine, daß der Zuwachs im vergangenen Jahr fast 60 Prozent betragen hat. Japanische Investoren kommen in die russischen Märkte, und nicht nur im Fernen Osten – auch im europäischen Teil Rußlands. Wir begrüßen dieses Interesse an der Begründung der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

Was die von Ihnen erwähnten umstrittenen Inseln betrifft. Wir betrachten sie nicht als umstritten, weil diese Situation das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war, und durch internationales Recht und internationale Dokumente anerkannt wurde. Aber wir verstehen die Motive unserer japanischen Partner. Wir wollen uns von allen Argumenten der Vergangenheit lösen, und zusammen mit Japan nach einem Weg zur Lösung dieser Frage suchen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es nach meinem Eindruck in dieser Frage jetzt weniger Rhetorik gibt, und die Diskussion sich geschäftsmäßiger gestaltet hat. Wir begrüßen das. Und ich möchte nochmals erwähnen, daß selbst die Sowjetunion zu ihrer Zeit in dieser Frage nicht wenig Flexibilität bewiesen hat, und 1956 eine Erklärung unterzeichnet hat, nach der zwei Inseln bei der Sowjetunion verbleiben, und die anderen beiden an Japan gehen würden. Der Oberste Rat hat diese Erklärung ratifiziert, wie auch Japan. Und, dieses Dokument hätte in Kraft gesetzt werden sollen. Aber unsere japanischen Partner haben sich plötzlich von diesem Dokument distanziert, obwohl es bereits ratifiziert worden war. Es bedarf keiner Erwähnung, daß es unter solchen Umständen schwierig ist, eine gegenseitig annehmbare Lösung zu finden. Aber wir sind entschlossen, mit Ihnen gemeinsam zu einer Lösung zu kommen. Und ich freue mich auf die Zusammenkunft mit meinem japanischen Kollegen in Heiligendamm. Ich hoffe, daß es uns möglich sein wird, über diese Angelegenheit zu sprechen, insbesondere, da Konsultationen auf der Expertenebene nicht eingestellt worden sind. Im Gegenteil, sie wurden kürzlich intensiviert.

THE TIMES: Heute sind die britischen Medien hauptsächlich an zwei Rußland betreffende Fragen interessiert. Die erste ist der Fall Litvinenko. Und die zweite die Erfahrungen von BP und Shell in Rußland. Ich möchte zwei Fragen an Sie richten: Erstens, gibt es Umstände, unter denen Rußland dem für Lugovoi gestellten Auslieferungsantrag Großbritanniens zustimmen würde?

Und die zweite Frage: Angesichts der Erfahrungen von BP und Shell in Rußland, sollten britische Unternehmen in Rußland investieren

VLADIMIR PUTIN: Gibt es Umstände, unter denen Rußland Lugovoi ausliefern würde? Die gibt es. Die Verfassung der Russischen Föderation müßte geändert werden. Das ist der erste Punkt.

Zweitens. Selbst dann, wenn es zu einer Verfassungsänderung käme, benötigte man selbstverständlich akzeptable Gründe für eine Auslieferung. Und wenn unsere Strafverfolgungsbehörden genug Beweise gesammelt haben, um jemand vor Gericht zu bringen, wird dies zweifellos erfolgen. Das betrifft jeden beliebigen Bürger der Russischen Föderation. Und ich hoffe sehr, daß unsere britischen Kollegen uns konkret unterstützen werden. Nicht durch die einfache Forderung nach Auslieferung Lugovois, sondern auch durch die Übersendung ausreichender Beweise, so daß wir den Fall vor Gericht bringen können. Wir werden es in Rußland tun, und jede Person verurteilen, die des Mordes an Litvinenko für schuldig befunden wird.

Und jetzt zum Auslieferungsantrag an sich. Ich habe bezüglich dieses Antrags sehr gemischte Gefühle. Wenn die Leute, die diesen Antrag gestellt haben, nicht wußten, daß die Russische Verfassung die Auslieferung von russischen Bürgern an ausländische Staaten verbietet, dann muß ihre Kompetenz zweifellos als fragwürdig betrachtet werden. Die Leiter solcher hochrangigen Strafverfolgungsbehörden sollten die entsprechenden

Kenntnisse haben. Und wenn es nicht der Fall ist, darf ihr Platz nicht bei einer Strafverfolgungsbehörde, sondern muß sonst wo sein. Beispielsweise irgendwo im Parlament oder im Journalismus. Wenn sie aber andererseits diese Kenntnis hatten, und dennoch einen entsprechenden Antrag gestellt haben, dann ist das nichts weiter als Publicity-Hascherei. Mit anderen Worten: Sie können das Problem von allen Seiten betrachten, aber sie sehen stets dasselbe, nämlich Dummheit. In allem, was bisher unternommen wurde, vermag ich keinerlei positive Aspekte zu erkennen. Wenn sie es nicht wußten, sind sie inkompetent, und wir haben Zweifel an dem, was sie da drüben bisher unternommen haben. Und wenn sie es wußten, und dennoch den Antrag gestellt haben, dann handelt es sich um reine Politik. Beide Optionen sind schlecht.

Noch ein letzter Punkt. Ich meine, nachdem es die Britische Regierung zugelassen hat, daß sich eine beachtliche Anzahl von Kriminellen, Dieben und Terroristen dort in Großbritannien versammeln konnte, haben sie eine Umwelt geschaffen, die das Leben und die Gesundheit der britischen Bürger gefährdet. Und die Gesamtverantwortung für die Folgen liegt auf britischer Seite.

Shell. Ich möchte diese Angelegenheit klarstellen. Woran sind sie im Hinblick auf Shell und BP interessiert? Shell in Sachalin, ist das richtig?

THE TIMES: Ja, es ist eine Frage über Sachalin, über die Lizenz für BP. Wird es nötig sein, diese Lizenz für ungültig zu erklären, oder können sie erwarten, daß diese Lizenz weiterhin gültig bleibt?

VLADIMIR PUTIN: Haben sie die Original-Vereinbarung gesehen? Haben sie das Dokument gelesen?

THE TIMES: Ja.

VLADIMIR PUTIN: Gefiel Ihnen, was dort geschrieben stand? Sie wissen, daß es sich um einen Kolonial-Vertrag handelt der mit den Interessen der Russischen Föderation absolut nichts zu tun hat. Ich kann nur bedauern, daß die russischen Behörden Anfang der 1990er Jahre solche Vorgänge zugelassen haben. Vorgänge, für die sie ins Gefängnis gesteckt werden sollten. Die Durchführung dieses Abkommens führte zu einer Situation, bei der Rußland die Ausbeutung seiner Bodenschätze für einen langen Zeitraum ohne jegliche Gegenleistung zugelassen hat. So gut, wie nichts dafür erhalten hat. Wenn unsere Partner ihren Verpflichtungen jedoch korrekt nachgekommen wären, hätten wir zweifellos keine Möglichkeit zur Korrektur dieser Situation gehabt. Aber sie haben sich der Verletzung von Umweltschutzgesetzen schuldig gemacht, und das ist eine allgemein anerkannte Tatsache, die durch objektive Daten untermauert ist. Und ich muß sagen, daß unsere Partner dies nicht einmal in Abrede stellen. Umweltexperten haben diese Beweise ermittelt. Zufällig hat Gazprom mehrere Vorschläge von seinen Partnern erhalten, sich sogar früher an diesem Projekt zu beteiligen, noch vor dem Umweltskandal. Aber sie haben sich geweigert. Aber nachdem es zu diesen Umweltproblemen gekommen war, und das Thema von Bußgeldern aufkam, hat der Einstieg Gazproms das Projekt gerettet, davon bin ich überzeugt.

Und noch ein letzter Punkt. Gazprom hat nicht einfach als Ergebnis unseres Druckes gehandelt und sich etwas zugeeignet. Gazprom hat einen hohen Betrag gezahlt, um in das Projekt einzusteigen - 8 Milliarden US-Dollar. Das ist der Marktpreis. Und, soweit ich es verstanden habe, waren die mit dem Projekt beschäftigten Partner zufrieden, denn alle Bestimmungen und Bedingungen dieses Abkommens wurden erfüllt, und niemand stellt den Zweck des Abkommens infrage. Unsere ausländischen Partner erhalten alle Ressourcen, die sie aus diesem Projekt erhalten sollten. Und ich meine, daß dies ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit und unsere Verantwortung selbst angesichts in Situationen ist, die sich in den frühen 1990er Jahren ergeben haben. Situationen, die eindeutig durch rechtswidriges Handeln eingetreten sind.

Was BP betrifft, ist Ihnen bekannt, daß jedes Land bestimmte Regeln hat, nach denen

unter der Erdoberfläche gearbeitet wird. Diese Regeln gibt es auch in Rußland. Wenn jemand die Ansicht vertritt, er sei nicht verpflichtet, diese Regeln in Rußland einzuhalten, dann irrt er sich. Und das betrifft nicht nur BP. Und wenn sie sich auf das Kovyktinskoye-Projekt beziehen – und zweifellos denken Sie daran – gibt es dort auch russische Gesellschaften, die neben BP an dem Projekt beteiligt sind. Und dort ist nicht nur BP betroffen, sondern auch die Unternehmen von Herrn Wechselberg und Herrn Potanin. Sie alle sind russische Wirtschaftsunternehmer. Und aus diesem Grund ist die Angelegenheit nicht auf BP beschränkt, auf einen ausländischen Partner, sondern auf alle Anteilseigner, die an diesem Projekt beteiligt sind und leider gegen die Vorschriften der erteilten Genehmigung verstoßen haben. Sie haben dort noch nicht einmal mit der Ölförderung begonnen. Nach den Bestimmungen der erteilten Lizenz sollte mit der Ölförderung bereits im vergangenen Jahr begonnen werden. Und nicht nur das, es sollte auch eine bestimmte Menge Gas gefördert werden. Leider wurde auch diese Vereinbarung nicht eingehalten. Und dafür gibt es viele Gründe, einschließlich der Notwendigkeit, an das Pipeline system angeschlossen zu sein. Aber alles das war bereits bekannt, als sie die Lizenzen beantragt haben. Sie kannten diese Probleme und potenziellen Beschränkungen. Und dennoch machten sie weiter und holten sich die Lizenz. Ich will nicht einmal darüber sprechen, auf welche Weise sie sich ihre Lizenz verschafft haben. Wir überlassen es dem Gewissen derjenigen, die damals auf russischer Seite Anfang der 1990er Jahre daran beteiligt gewesen sind.

Aber ich möchte Sie darauf hinweisen, daß die Gasreserven dieses Feldes ungefähr 3 Trillionen Kubikmeter betragen. Um diese Größenordnung und Bedeutung für Rußland zu verstehen, könnte man sagen, daß es ungefähr den gesamten Reserven Kanadas entspricht. Wenn aber die Beteiligten an diesem Konsortium nichts tun, um ihre Lizenz zu benutzen, wie lange hätten wir noch warten sollen?

Offensichtlich hat das zuständige russische Ministerium an den Entzug der Lizenz gedacht. Obwohl, wie Sie wissen, gegenwärtig Verhandlungen geführt werden, deren Ausgang mir nicht bekannt ist. Ich weiß nicht, welche Entscheidungen das Ministerium und die Anteilseigner treffen werden. Ich sage bewußt Anteilseigner der Gesellschaft, denn wenn Sie nur über BP sprechen und nicht auch den russischen Teil des Unternehmens mit einbeziehen, der an den Vorbereitungen zur Erschließung des Feldes beteiligt war, dann werden sie erkennen, daß die ausländischen Partner ihre Vorratslager zu einem wesentlichen Teil auf Kosten Rußlands aufgefüllt haben. Wenn sie mit der damaligen oder jetzigen Geschäftsleistung von BP sprechen, wird man es dort bestätigen.

Hinzu kommt, daß 25 Prozent der Gewinne von BP aus deren Aktivitäten in der Russischen Föderation stammen. Wir begrüßen die Beteiligung der Gesellschaft an der russischen Wirtschaft, und werden diesen Gesellschaften auch weiterhin unsere Hilfe und Unterstützung gewähren. Aber wir legen Wert darauf, daß sie ihre Aktivitäten im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung ausüben.

KOMMERSANT: Vladimir Vladimirovich, nach meiner Meinung entwickeln sich die Beziehungen Rußlands mit dem Westen mit katastrophaler Geschwindigkeit. Betrachtet man sie genauer, wird man erkennen, daß sie außerordentlich schlecht sind und sich weiterhin verschlechtern: Der Energie-Dialog ist eingefroren, niemand spricht mehr von der Energie-Charta, das Wettrüsten hat begonnen. Und Sie geben es selbst zu. Gestern sagten Sie, ja, es gibt ein Wettrüsten – Sie verwendeten genau diese Worte. Und da ist ein neuer Begriff in ihrem Vokabular, den es dort zuvor nicht gegeben hat, das Wort Imperialismus. Das ist ein Begriff aus der Zeit der Sowjetunion. Amerikanischer Imperialismus und israelischer Militarismus, waren beides Begriffe, an die Sie sich erinnern werden. Damals haben sich die sowjetischen Friedensinitiativen dagegen gewandt, heute sind es die russischen Friedensinitiativen. Ich möchte Sie fragen: Halten Sie es für möglich, über gewisse Kompromisse zu sprechen, zu Kompromissen zu

gelangen, gelegentlich die öffentliche Meinung in Europa, Amerika und schließlich Rußland zu beachten, und sei es nur aus optischen Gründen? Sind Sie nicht auch der Meinung, daß der gegenwärtige Kurs nirgendwo hin führt? Die Fronten verhärten sich mit diesem Wettrüsten, mit diesen Raketen auf unserer Seite. Zu welchem Zweck?

VLADIMIR PUTIN: Offen gestanden, ich empfinde Ihre Frage als etwas merkwürdig und unerwartet. Ein Wettrüsten hat eingesetzt. Nun, waren wir es, die den ABM-Vertrag aufgekündigt haben? Wir müssen auf das Vorgehen unserer Partner reagieren. Wir haben ihnen bereits vor zwei Jahren gesagt: „Tut es nicht, es besteht keine Notwendigkeit dafür. Was tut ihr? Ihr zerstört das System der internationalen Sicherheit. Ihr müßt verstehen, daß ihr uns zu Gegenmaßnahmen zwingt.“ Sie sagten: „Okay, kein Problem, tut es. Wir sind keine Feinde. Tut, was ihr für richtig haltet.“ Ich meine, daß sich diese Antwort auf die Illusion stützte, Rußland hätte nichts, um darauf reagieren zu können. Aber wir haben sie gewarnt. Nein, sie haben nicht auf uns gehört. Dann erfuhren wir, daß sie Atomwaffen mit niedriger Sprengkraft entwickelten, und sie sind noch immer damit beschäftigt. Wir verstehen, daß es im Gebirge, wo sich bin Laden versteckt, nötig sein könnte, sagen wir, einiges von seinem Asyl zu zerstören. Ja, ein solches Ziel könnte es möglicherweise geben.

Aber vielleicht wäre es besser, nach anderen Mitteln und Möglichkeiten zur Lösung des Problems zu suchen, anstatt Atomwaffen mit geringer Sprengkraft zu konstruieren, die Hemmschwelle für den Einsatz solcher Waffen zu senken, und die Menschheit dadurch an den Rand der atomaren Katastrophe zu führen. Aber sie hören nicht auf uns. Wir sagen ihnen, stationiert keine Waffen im Weltraum. Wir wünschen es nicht. Nein, es heißt weiter: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Was ist das? Ist es ein Dialog auf der Suche nach Kompromissen? Der gesamte Dialog kann mit: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, zusammen gefaßt werden.

Ich habe darüber gesprochen, wie wir den ACAF, das Conventional Armed Forces in Europe Treaty eingehalten haben. Wir haben ihn wirklich eingehalten. Wir haben nichts erfunden oder vorgetäuscht. Und es kommen Inspektionsgruppen, die vor Ort für unsere westlichen Partner Überprüfungen vornehmen. Wir haben das Abkommen erfüllt. Und im Gegenzug bekommen wir Stützpunkte und Raketenabwehrsysteme in Europa. Was hätten wir also tun sollen?

Sie erwähnten die öffentliche Meinung. Die öffentliche Meinung in Rußland ist dafür, daß wir unsere Sicherheit gewährleisten. Wo findet man eine Öffentlichkeit, die uneingeschränkt dafür ist, daß wir vollkommen abrüsten, um dann, gemäß Theoretikern wie Zbiegniew Brzezinski, gezwungen werden, unser Land in drei oder vier Teile aufzusplittern.

Sollte es eine solche Öffentlichkeit geben, würde ich mit ihr diskutieren. Ich wurde nicht zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt, um mein Land an den Rand der Katastrophe zu führen. Und wenn dieses Gleichgewicht in der Welt letztendlich aufgehoben wird, wird es eine Katastrophe nicht nur für Rußland, sondern für die ganze Welt sein.

Einige geben sich der Illusion hin, sie könnten tun, was sie wollten, unbeschadet der Interessen anderer Völker. Selbstverständlich verschlechtert sich die internationale Lage aus genau diesem Grund, um schließlich in ein Wettrüsten einzumünden, wie Sie es erwähnt haben. Aber wir sind nicht die Anstifter. Wir wünschen es nicht. Warum sollten wir unsere Ressourcen darauf verwenden? Und wir gefährden unsere Beziehungen zu keinem Land. Aber wir müssen reagieren.

Nennen Sie mir einen Schritt, den wir unternommen haben, der dazu bestimmt war, die Lage zu verschlechtern. Es gibt keinen. Wir sind daran nicht interessiert. Wir sind an einer guten Atmosphäre, Umwelt und Energiedialog über Rußland interessiert.

Wir haben bereits darüber gesprochen, wie wir Staaten der ehemaligen Sowjetunion

durch die Belieferung mit billiger Energie für 15 Jahre unterstützt haben. Warum mußten wir das, wo ist die Logik, wo ist die Rechtfertigung dafür? Wir haben die Ukraine über 15 Jahre unterstützt, und zwar mit 3 bis 5 Milliarden Dollar jährlich. Denken Sie auch daran! Wer sonst in der Welt würde das tun? Und unser Handeln ist nicht politisch motiviert. Es sind keine politischen Schachzüge.

Das beste Beispiel, um es zu beweisen – ich sprach erst kürzlich auf einer Pressekonferenz darüber – sind die Baltischen Staaten, die wir über diese vielen Jahre unterstützt haben. Als wir erkannten, daß die Baltischen Staaten mit uns ehrliche Wirtschaftsbeziehungen aufnehmen wollten, und sie bereit waren, sich an das europäische oder globale Preissystem anzupassen, haben wir uns auf dem halben Weg getroffen. Wir sagten: „In Ordnung. Wir werden euch auch weiterhin mit Energie zu Discountpreisen belieferten. Laßt uns einen Zeitplan für den Übergang zu den europäischen Preisen entwickeln.“ Wir haben uns mit ihnen geeinigt und die entsprechenden Dokumente unterzeichnet. Innerhalb von drei Jahren hatten sie auf sanfte Weise den Übergang zum europäischen Preissystem vollzogen. Selbst angesichts der Tatsache, daß wir mit Litauen kein Abkommen haben, und es ernsthafte politische Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage gab, hat auch Litauen bis zum vergangenen Jahr billiges russisches Gas erhalten, und insgesamt war das an Litauen gelieferte Gas um ein Drittel billiger als es beispielweise für Deutschland ist. Fragen Sie den Premierminister, und er wird es bestätigen.

Als die Frage der Ukraine aufkam, wurde behauptet, es hätte sich um eine politische Entscheidung gehandelt, und man beschuldigte uns, das Regime von Lukashenko zu begünstigen. Ein Regime, das den westlichen Staaten nicht sehr behagt. Wir sagten: „Seht, wir können nicht an allen Fronten einen Krieg erklären. Zweitens, planen wir den Übergang zum Marktpreis mit allen unseren Partnern. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo wir auch mit Belarus entsprechend verfahren werden.“ Wir haben es getan. Aber als wir es taten, begann der Lärm, einschließlich in den westlichen Medien. Was haben wir getan, warum schädigen wir das kleine Belarus? Ist das eine faire und bewundernswerte Haltung gegenüber Rußland? Wir haben unsere Verträge mit allen Kaukasus-Ländern, mit Georgien – zu dem wir keine guten politischen Beziehungen unterhalten – und mit unseren armenischen Partnern, zu denen wir hervorragende Beziehungen und ein strategisches Bündnis haben, auf ein einheitliches Preissystem umgestellt. Ja, wir haben eine Menge Kritik, auch von unseren armenischen Partnern, gehört, aber am Ende des Tages gelangten wir zu einem Einverständnis, und das Problem war gelöst. Sie konnten den Preis nicht voll mit Bargeld bezahlen, und darum liefern sie für den Rest Bodenschätze. Alles das ist schriftlich festgehalten. Niemand kann uns beschuldigen, die Angelegenheit politisiert zu haben. Wir sind nicht darauf vorbereitet, große Geldsummen zur Förderung der Wirtschaft anderer Länder zur Verfügung zu stellen. Wir sind bereit, die Integration auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion zu fördern, aber es muß eine Integration der gegenseitigen Ausgewogenheit sein. Aber sie wissen, daß sie sich unseren Interessen immer weiter annähern, und jeder scheint zu erwarten, daß wir unsere Interessen nicht verteidigen werden. Wenn wir wünschen, daß sich Ordnung und das internationale Recht in der internationalen Arena durchsetzen, dann müssen wir diese Gesetze und die Interessen aller Mitglieder dieser internationalen Gemeinschaft respektieren. Das ist alles.

KOMMERSANT: Als ich die öffentliche Meinung in Rußland erwähnte, bezog ich mich auf die Tatsache, daß – wie ich es verstehe – die öffentliche Meinung in Rußland gegen einen neuen Rüstungswettkampf nach dem ersten ist, den die Sowjetunion verloren hat.

VLADIMIR PUTIN: Und ich bin ebenfalls gegen eine Wettrüsten. Ich widersetze mich jeder Form von Wettrüsten, aber ich möchte Ihre Aufmerksamkeit kurz auf etwas lenken, das ich in meiner Ansprache [vor der Bundesversammlung] erwähnt habe. Aus den

Erfahrungen der Sowjetunion haben wir gelernt, das wir uns auf keinerlei Wettrüsten einlassen werden, das man uns aufzwingen möchte. Wir werden nicht symmetrisch reagieren, wir werden mit anderen Mitteln und Methoden reagieren, die nicht weniger wirksam sind. Man bezeichnet es als asymmetrische Reaktion.

Die Vereinigten Staaten von Amerika errichten ein riesiges und kostenaufwendiges Raketenabwehrsystem, das Dutzende und Dutzende von Milliarden Dollar kosten wird. Wir sagten: „Nein, wir lassen uns in dieses Wettrüsten nicht hineinziehen. Wir werden Systeme entwickeln, die erheblich billiger und wirksam genug sind, um das Raketenabwehrsystem zu überwinden, um auf diese Weise das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt aufrecht zu erhalten.“ Und genau diesen Weg werden wir in Zukunft einschlagen.

Außerdem. Möchte ich ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß – trotz unserer Gegenmaßnahmen – der Umfang unserer Verteidigungsausgaben in Bezug auf das Bruttosozialprodukt nicht ansteigt. Es waren bisher 2,7 Prozent des BSP und dabei wird es bleiben. Wir haben denselben Betrag für den Verteidigungshaushalt für die nächsten 5 bis 10 Jahre eingeplant. Das entspricht absolut dem durchschnittlichen Verteidigungshaushalt der NATO-Staaten. Dieser Betrag übersteigt nicht deren Verteidigungsausgaben, und ist in manchen Fällen geringer als bei den NATO-Staaten. Und wir können die Vorteile unserer fortschrittlichen militärisch-industriellen Möglichkeiten, und die intellektuellen Fähigkeiten derjenigen nutzen, die in unserem Militärkomplex eingesetzt sind. Es führt zu guten Ergebnissen, und es sind gute Leute. Wie dem auch sei. Vieles von dem ist bewahrt worden, und wir werden alles uns Mögliche tun, dieses Potenzial nicht nur zu erhalten, sondern weiterzuentwickeln.

CORRIERE DELLA SERA: Herr Präsident, zwei weitere Fragen bezüglich des strategischen Gleichgewichts in Europa. Ich möchte Sie fragen, ob Sie meinen, daß das Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty [INF] gegenwärtig gefährdet ist, und ob dessen Wirksamkeit angesichts dessen, was mit dem ACAF passiert ist, verlieren könnte? Und der zweite Punkt. Sie sagten, Sie würden sich an einem Wettrüsten nicht beteiligen. Wenn aber die Vereinigten Staaten ihren Plan zur Errichtung eines strategischen Schildes in Polen und der Tschechischen Republik vorantreiben, werden wir dann nicht wieder in einer Situation stehen, wo die Atomwaffen der ehemaligen Sowjetunion auf europäische Städte, auf europäische Ziele programmiert waren?

VLADIMIR PUTIN: Sicherlich. Natürlich werden wir zu diesen Zeiten zurückkehren. Und es ist klar, wenn ein Teil der atomaren Schlagkraft der Vereinigten Staaten in Europa stationiert ist, und Experten zu der Schlußfolgerung gelangen sollten, daß sie für uns eine potenzielle Bedrohung darstellen, dann werden wir die erforderlichen und angemessenen Maßnahmen einleiten. Welche Schritte? Selbstverständlich muß es für uns neue Ziele in Europa geben. Und die genaue Bestimmung, welche Mittel zur Zerstörung der Einrichtungen, die von unseren Experten für eine Bedrohung der Russischen Föderation gehalten werden, zum Einsatz gelangen, ist eine Frage der Technologie. Ballistische Raketen oder Marschflugkörper, oder eine völlig neue Technologie. Ich wiederhole: Es ist eine Frage der Technologie.

CORRIERE DELLA SERA: Und wie verhält es sich mit dem INF-Abkommen?

VLADIMIR PUTIN: Das Abkommen über die Mittelstrecken-Atomwaffen ist ein breiter gefächertes Problem und steht nicht in keinem direkten Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem der Vereinigten Staaten.

Worum es hier geht, ist die Tatsache, daß lediglich die Vereinigten Staaten und Rußland an der Entwicklung von Mittelstreckenraketen gehindert werden, während inzwischen eine Reihe anderer Länder genau diese Waffensystem entwickelt. Ich habe bereits darüber gesprochen. Dazu gehören Israel, Pakistan, Iran und Nordkorea. Würde es sich um ein gegenseitiges Abkommen aller Betroffenen handeln, wäre klar, daß sich alle an dieses

Abkommen halten müßten. Wenn aber fast alle Länder der Welt solche Raketen produzieren oder deren Produktion planen, ist es für mich schwer verständlich, warum es für die Vereinigten Staaten und Rußland Begrenzungen geben sollte.

Wir haben Abkommen über die Nichtweiterverbreitung. Das ist klar. Diese Verträge sind umfassend. Wir haben es als schwierig empfunden, aber bisher haben wir die Welt von jeglichen Schritten abhalten können, die zu einer Verschlechterung der Situation, oder, was Gott verhindern möge, zu einer Katastrophe führen könnten.

Und ich wiederhole, daß diese Abkommen nicht umfassend sind im Hinblick auf Mittelstreckenraketen. Wir denken also zweifellos ernsthaft darüber nach, was wir unternehmen müssen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Ich wiederhole, daß viele Länder sich entsprechend verhalten, einschließlich unserer Nachbarn.

Und ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß dies nichts mit dem Plan der Vereinigten Staaten zur Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Europa zu tun hat. Aber wir werden Antworten auf beide Bedrohungen finden.

LE FIGARO: Herr Präsident, auf dem G8-Gipfel werden Sie sich mit den neugewählten Präsidenten Sarkozy treffen. Sie hatten eine enge Arbeitsbeziehung zu Präsident Chirac, dem bisherigen Präsidenten Frankreichs. Wie stellen Sie sich die Entwicklung zwischen Rußland und Frankreich während der Präsidentschaft von Sarkozy vor, da Herr Sarkozy als ein Freund Amerikas bekannt ist, und angenommen wird, daß sich seine Außenpolitik auf die Menschenrechte konzentrieren wird?

VLADIMIR PUTIN: Wissen Sie, ich wäre sehr froh darüber, wenn sich jemand auf das Problem der Menschenrechte konzentrieren würde. Ich habe gerade den Bericht von Amnesty International gelesen, und dort gibt es viele Angelegenheiten, die sich nicht nur auf Rußland beziehen, sondern auch auf andere Staaten, einschließlich der G8-Mitglieder. Die Kritik ist sehr hart: Angelegenheiten, wie die Verletzung der Medienrechte, Folter, Mißhandlung von Gefangenen durch Polizeiorgane, Einwanderungsgesetze. Ich meine, wir alle sollten diesen Dingen Beachtung schenken.

Und ich kann nur froh darüber sein, wenn jemand ein Freund der Vereinigten Staaten ist, denn auch wir erachten uns als Freunde der Vereinigten Staaten. Ich sage dies ohne Übertreibung, obwohl Sie vielleicht einen Widerspruch angesichts der Tatsache erkennen könnten, daß wir gegenwärtig über Dinge, wie Raketenabwehr, das ACAF und andere Themen heiß diskutieren. Es mag nicht überzeugend klingen, aber es ist der Fall. Unsere Beziehungen sind entschieden anders als noch vor, sagen wir 15 oder 20 Jahren. Und wenn der US-Präsident erklärt, wir seien nicht länger Feinde, glaube ich ihm nicht nur, sondern empfinde dasselbe. Denn die Angelegenheit beschränkt sich nicht darauf, wer wessen Freund, und welche Freundschaft stärker ist. Die Frage, um die es heute geht, ist die Stärkung des heutigen Systems der internationalen Sicherheit, was getan werden muß, um diese Sicherheit zu garantieren, und was uns daran hindert es zu tun. Und in dieser Hinsicht vertreten wir unterschiedliche Auffassungen und unterschiedliche Positionen. Wir vertreten einen Standpunkt, die Amerikaner einen anderen.

Soweit ich es verstanden habe, als Herr Sarkozy seine ersten öffentlichen Erklärungen abgab, wies er darauf hin, daß er in der Tat ein Freund der Vereinigten Staaten sei. Aber gleichzeitig erklärte er auch, das bedeute nicht, daß man sich in allen Punkten einig sein müsse, und unsere Freunde akzeptieren müßten, daß wir in vielerlei Hinsicht unsere eigenen Ansichten haben. Ich kann diese Haltung nur begrüßen, denn ich denke persönlich genauso. Und ich vermag absolut nichts Ungewöhnliches darin zu entdecken, wenn wir unsere eigenen Ansichten äußern und unsere eigenen Positionen zu bestimmten Fragen verteidigen. Wie kann so etwas als ungewöhnlich bezeichnet werden?

Zur Frage unserer Beziehungen zu Frankreich. Sie greifen tief, es gibt gegenseitige politische Interessen, gemeinsame Interessen. Bei vielen internationalen Fragen vertreten wir ähnliche Positionen. Es gibt eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit, und – höchst

wichtig – ein großes Potenzial für eine zukünftige Zusammenarbeit. Alles das liefert ein gutes Fundament für die Entwicklung zukünftiger Beziehungen. Ich hoffe sehr darauf, daß die Entwicklung so verlaufen wird. Kurz nach seiner Wahl sprach ich mit Herrn Sarkozy am Telefon, und er versicherte mir, daß er beabsichtige, mit ähnlich positiven Arbeiten zu beginnen. Wir haben ein Treffen mit dem Präsidenten Frankreichs auf dem G8-Gipfel in Deutschland vereinbart. Wir werden einander kennen lernen. Ich glaube, daß wir gute persönliche Beziehungen und ein positives Arbeitsklima erreichen werden, und wir werden hart dafür arbeiten.

LE FIGARO: Lassen Sie mich Ihnen eine Frage zum Gas stellen. Es betrifft die Entwicklung des Shtokman-Depots durch Gazprom. Gazprom hat beschlossen, das Shtokman-Depot allein zu entwickeln, ohne ein Konsortium. Und, wie Sie wissen, ist das ein Test für das Investitionsklima in Rußland. Gauben Sie, daß es für westliche Ölgesellschaften eine Möglichkeit gibt, an diesem Projekt beteiligt zu werden?

VLADIMIR PUTIN: Gazprom hat nicht erklärt, es werde kein Konsortium geben. Gazprom hat angekündigt, man werde das Depot selbst entwickeln. Es handelt sich um Dinge, die wir voneinander trennen müssen. Gazprom, wird zwar der alleinige Förderer und Alleineigentümer sein, aber es bedeutet nicht, daß Gazprom nicht beabsichtigt, auch mit ausländischen Partnern, beispielsweise im Bereich des Bergbaus, zusammenzuarbeiten. Und wenn wir uns mit der Verflüssigung von Gas beschäftigen, wird Gazprom bereit sein, auch weiterhin eine Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern anzustreben, einschließlich der Entwicklung und Errichtung der Anlage zur Gasverflüssigung, und der Verteilung und des Verkaufs von Gas.

THE GLOBE AND MAIL: Es werden auch weiterhin Gerüchte verbreitet, daß Rußland dem G8 nicht mehr angehören sollte. Es wird gesagt, Ihr Land entferne sich von den Werten einer liberalen Demokratie, sei nicht in der Lage gewesen, im Bereich der politischen Freiheit Fortschritte zu erzielen. Ebenso nicht, was die Menschenrechte betrifft, usw. Die Leute sagen, ein Teil der russischen Wirtschaft hätte sich von den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft abgewendet und befinde sich jetzt wieder in den Händen des Staates. Gemäß dieser Ansicht könnte ihr Land nicht länger als zu den industrialisierten Ländern gehören, aus denen sich die G8 konstituiert.

Wie antworten sie auf die Beschuldigungen?

VLADIMIR PUTIN: Ich möchte sagen, daß es sich hier um die übliche Dummheit handelt, die vielleicht von dem Wunsch getragen wird, die Aufmerksamkeit auf sich selbst zu lenken. Vielleicht, um einen politischen Punkt zu machen, Probleme zu vergrößern, oder eine besondere Aufmerksamkeit auf diese Fragen zu lenken. Wir haben nicht darum gebeten, in die G8 aufgenommen zu werden. Es wurde uns angeboten, und wir freuen uns darüber, dazu zu gehören.

Rußland, wie Sie wissen, verändert sich, verändert sich sehr schnell. In wirtschaftlichen Begriffen ausgedrückt, stehen wir heute weltweit an 9. Stelle. Wir haben bestimmte G8-Mitgliedstaaten bereits überrundet.

Rußland besitzt enorme Gold- und Währungsreserven, die drittgrößten der Welt. Rußland betreibt eine ausgedehnte Wirtschaftspolitik und beeinflusst dadurch den globalen Finanzmarkt. Heute mag es noch unbedeutend sein, aber nichtsdestoweniger wichtig. Rußland ist einer der größten Schlüsselspieler in der internationalen Energiepolitik. Im vergangenen Jahr habe ich erklärt, daß wir als Ölproduzent an die erste Stelle gerückt sind. Wir haben alle anderen überrundet. Außerdem wurden wir bereits vor langer Zeit als global größter Gasproduzent eingestuft. Rußlands Rolle und Bedeutung auf dem Energiesektor nimmt beständig zu und wird es auch weiterhin.

Und schließlich ist Rußland eine der größten Atomkräfte. Wir sollten nicht vergessen, daß Rußland eines der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen und ein permanentes Mitglied des Sicherheitsrates ist.

Falls jemand beabsichtigen sollte, den G8 zu einem exklusiven Verein für wenige Mitglieder umzufunktionieren, die versuchen wollen, die Probleme der Menschheit unter sich zu lösen, dann, davon bin ich überzeugt, wird nichts Gutes dabei herauskommen. Im Gegensatz dazu, untersuchen wir gerade die Möglichkeit der Erweiterung des G8 mit dem Ziel, andere Staaten systematisch in die G8 aufzunehmen: China, Indien, Brasilien, Mexiko und die Republik Südafrika.

Was die demokratischen Freiheiten und die Menschenrechte betrifft, sollten wir nicht zur Heuchelei Zuflucht suchen. Ich erwähnte bereits, daß ich ein Exemplar des Berichts von Amnesty International vorliegen habe. In diesem Bericht sind auch die Vereinigten Staaten erwähnt. Es ist wahrscheinlich nicht nötig, es zu wiederholen, um niemand zu beleidigen. Falls Sie es wünschen, werde ich jetzt dazu Stellung nehmen, wie die Vereinigten Staaten eingestuft werden. Wir haben eine Redensart, die vielleicht schwer zu übersetzen ist, aber sie bedeutet, daß man über andere stets viel zu sagen hat. Amnesty International hat festgestellt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika gegenwärtig weltweit der Hauptverletzer von Menschenrechten und Freiheiten ist. Ich habe das Zitat hier vorliegen, ich kann es Ihnen zeigen. Und diese Feststellung ist nicht unbegründet, sondern stützt sich auf knallharte Fakten.

Es gibt dort ähnliche Feststellungen über Großbritannien, Frankreich die Bundesrepublik Deutschland. Dasselbe könnte von Rußland gesagt werden. Aber wir sollten nicht vergessen, daß andere Länder in der G8 nicht die dramatischen Umwälzungen erlebt hat, mit denen sich die Russische Föderation auseinandersetzen mußte. Sie haben keinen Bürgerkrieg gehabt, den wir im Kaukasus erleben mußten.

Und dennoch haben wir viele der sogenannten gemeinsamen Werte besser bewahrt, als einige der G8-Staaten. Trotz schwerwiegender Konflikte im Kaukasus, haben wir unser Moratorium zur Todesstrafe nicht aufgegeben. Und, wie wir wissen, wird in einigen G8-Staaten diese Straße beständig verhängt und strikt vollstreckt.

Ich meine also, daß solche Diskussionen durchaus möglich sind, aber ich bin sicher, daß sie in keiner Weise ernsthaft gerechtfertigt sind.

Lassen Sie es mich wiederholen. Soweit mir bekannt, ist beabsichtigt die deutsche Präsidentschaft über den G8 die Formulierung von Regeln für den Umgang mit einigen der größten globalen Wirtschaftsmächten. Ich habe bereits eine Liste dieser Länder erstellt, und wir werden unsere deutschen Partner zweifellos unterstützen. Ich meine, diese Initiative ist durchaus legitim.

THE GLOBE AND MAIL: Eine Zusatzfrage. Sie sprachen über die Probleme einer unipolaren Welt. Haben Sie die Möglichkeit der Bildung einer Art von Bündnis, eine Art formaler Beziehungen zwischen Staaten, als eine Alternative zum bestehenden System der internationalen Beziehungen erwogen?

VLADIMIR PUTIN: Ich glaube, so etwas wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt, der falsche Weg in der Frage der Entwicklung. Wir glauben an die Vielfalt und respektieren die Interessen der absoluten Mehrheit der internationalen Gemeinschaft. Wir müssen diese Regeln schaffen und lernen, sie zu respektieren.

DER SPIEGEL: Herr Präsident, der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schroeder hat sie als ‚reinen Demokraten‘ bezeichnet. Halten Sie sich selbst auch dafür?

VLADIMIR PUTIN: [Lacht] Bin ich ein ‚reiner Demokrat‘? Natürlich bin ich es, absolut. Aber ist Ihnen das Problem bekannt? Nicht nur ein Problem, sondern eine echte Tragödie? Das Problem besteht darin, daß ich allein dastehe, der einzige meiner Art auf der ganzen Welt bin. Betrachten Sie nur, was sich in Nordamerika ereignet. Es ist einfach schrecklich: Folter, Obdachlose, Guantanamo, Gefangene ohne Anklage und Ermittlungen. Sehen Sie sich die Ereignisse in Europa an: Brutale Behandlung von Demonstranten, Gummigeschosse und Tränengas, die in den Hauptstädten eingesetzt werden, auf den Straßen getötete Demonstranten. Um die nachsowjetische Ära gar nicht erst zu

erwähnen. Hoffnung gaben lediglich die Leute in der Ukraine, aber sie haben sich jetzt restlos diskreditiert, und die Dinge entwickeln sich dort hin zu einer kompletten Tyrannei, Preisgabe der Verfassung und der Gesetze usw. Es gibt nach dem Tod Mahatma Ghandis niemand, mit dem ich reden könnte.

DER SPIEGEL: Und Ihr Land bewegt sich nicht zurück in die Richtung hin zu einem totalitären Regime?

VLADIMIR PUTIN: Daran ist kein Körnchen Wahrheit. Sie sollten nicht glauben, was sie hören.

DER SPIEGEL: Sie hatten eine sehr enge Beziehung zu Gerhard Schroeder. Glauben sie, daß Angela Merkel, die neue Kanzlerin, eher geneigt ist, sich den Vereinigten Staaten zuzuwenden, als Rußland?

VLADIMIR PUTIN: Jeder Mensch und jeder Politiker wählt seinen eigene Verhaltensweise und setzt für sich Prioritäten. Ich habe nicht den Eindruck, daß es zu einer Verschlechterung unserer Beziehung mit Deutschland gekommen ist. Was meine guten Beziehungen zu Gerhard Schroeder betrifft, kann ich nur sagen, daß ich auch eine gute und geschäftsmäßige Beziehung zu Frau Merkel aufgebaut habe. Ja, sie scheint in manchen Bereichen beharrlicher zu sein. Es gefällt ihr beispielsweise sehr, sich für polnisches Fleisch einzusetzen. Wie ich bereits sagte, sie will es nicht selbst essen: Wir wissen alle, daß eine Lieferung Fleisch aus Polen in Berlin beschlagnahmt wurde. Wenn es aber um Kernfragen geht, um das Prinzip, gibt es zwischen uns keine Probleme, die bei der Entwicklung von Beziehungen zwischen unseren Ländern stören könnten. Wir haben sehr pragmatische und beständige Beziehungen, und wir sehen, daß es eine Fortsetzung der Beziehungen zur vorherigen Regierungspolitik gibt, wenn es um die Beziehungen zu Rußland geht.

KOMMERSANT: Vladimir Vladimirovich, dies ist vielleicht eher eine lokale Angelegenheit, aber dennoch halte ich sie für wichtig. Unsere Zeitungen berichten über die Tatsache, daß vor zwei Tagen die Bundeszollbehörde die Ausfuhr von biologischem Material verboten hat. Sie lassen das Material einfach nicht aus dem Land.

VLADIMIR PUTIN: Worum handelt es sich bei diesem biologischen Material?

KOMMERSANT: Proben biologischen Materials, Blutproben, Gewebeproben. Material, das für die Durchführung von Qualitätsanalysen im Westen benötigt wird, wo es bereits große Datenbanken gibt. Es ist für die Stellung der genauest möglichen Diagnose für an Krebs erkrankte Russen beispielsweise, und, um in der Lage zu sein, diese zu operieren und ihnen zu helfen. Aber die Zollbehörde läßt die Proben nicht ins Ausland. Es wurden unterschiedliche Erklärungen als Begründung genannt, aber die Tatsache bleibt bestehen. Heute gab die Bundeszollbehörde sogar eine Erklärung heraus, daß in dieser Angelegenheit bestimmte Richtlinien ausgearbeitet werden. Aber die Proben läßt man noch immer nicht aus dem Land. Wie sehen Sie die Angelegenheit?

VLADIMIR PUTIN: Ich kann mich kaum dazu äußern, weil ich so gut wie nichts darüber weiß. Ich meine, daß in der Tat Richtlinien erstellt werden sollten, und das Gesundheitsministerium sollte daran beteiligt sein. Sie sagen, diese Proben werden ins Ausland geschickt, um Menschen zu helfen, aber meine Frage lautet in diesem Fall: Wem wurde bisher konkret auf diese Weise geholfen, und wie sah diese Hilfe praktisch aus? Gibt es darüber Statistiken? Mir liegen solche Statistiken nicht vor, und ich habe meine persönlichen Zweifel daran, daß irgendjemand mittels dieser ins Ausland geschickten biologischen Proben wirksam geholfen werden könnte.

KOMMERSANT: Die Erstellung einer richtigen Diagnose ist bereits eine Form von Hilfe, und es sind diese internationalen Datenbanken, die dazu benutzt werden, um eine korrekte Diagnose zu erstellen.

VLADIMIR PUTIN: Und wo ist diese Diagnose? Können Sie mir Statistiken zeigen, die beweisen, daß für jemand mittels dieser Proben eine korrekte Diagnose gestellt worden

ist?

KOMMERSANT: Wir können Ihnen diese Statistiken vorlegen.

VLADIMIR PUTIN: Schicken Sie sie mir. Aber vor allem sollte in dieser Sache mit dem Gesundheitsministerium zusammengearbeitet werden. In allen Ländern gibt es Regeln zum Umgang mit Organen, Gewebe und derartigen Dingen, wenn sie aus dem Land gebracht werden sollen. Es ist eine empfindliche Angelegenheit, und jedes zivilisierte Land sollte auf diesem Gebiet entsprechende Vorschriften erlassen. Ich kenne nicht alle Einzelheiten dieser Angelegenheit, aber Vorschriften werden erlassen werden, und wir werden alle innerhalb dieses Rahmenwerks agieren.

KOMMERSANT: Aber vielleicht könnten die Grenzen wieder geöffnet werden, solange Vorschriften ausgearbeitet werden? Vielleicht können die bisherigen Vorschriften bis dahin weiter angewendet werden?

VLADIMIR PUTIN: Es gibt keine bisherigen Rechtsvorschriften. Gäbe es sie, wäre es möglich zu bestimmen, inwieweit es zu Verstößen dagegen gekommen ist. Aber es gab bisher keinerlei entsprechende Rechtsnormen. Jetzt müssen wir Maßnahmen treffen, um diese Angelegenheit zu regeln, und die Spezialisten des Gesundheitsministeriums müssen an dieser Arbeit beteiligt werden, um unsere Position herauszuarbeiten.

NIKKEI: Asiatische Völker betrachten Rußland durch das Prisma seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Europa. Ich meine, daß wir als asiatisches Land direkt auf Rußland blicken müssen, denn Rußland ist ein großes Land, und ein wesentlicher Teil seines Territoriums befindet sich in Asien. Heute sehen wir, daß es in Asien zu Wirtschaftswachstum kommt, und zwar mit riesigen Schritten, die man sich in der Vergangenheit nicht hätte vorstellen können.

Die asiatischen Länder entwickeln sich alle sehr schnell. Japan ist in eine neue Periode des Wirtschaftswachstums eingestiegen, und China ist selbstverständlich eines der sich am schnellsten entwickelnden Nationen. Neben den multilateralen Abkommen wurde in Asien eine Reihe von bilateralen Abkommen über Wirtschaftspräferenzen und so weiter unterzeichnet. Auch Rußland verzeichnet einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung. Wie beabsichtigen Sie, sich an der dynamischen Entwicklung zu beteiligen, und wie stellen Sie sich Ihre Zusammenarbeit mit der Sechs-Parteiengruppe vor? Warum setzen Sie nicht auf die Möglichkeiten, die eine Kooperation im Bereich Investment bietet?

VLADIMIR PUTIN: Würden Sie diese Sechs-Parteiengruppe spezifizieren, auf die Sie sich beziehen?

NIKKEI: Die Sechs-Parteiengespräche zur Lösung der Situation mit Nordkorea. Rußland ist eine dieser Parteien, und die Verhandlungen haben das Ziel, das Problem mit Nordkorea zu lösen. Wie beabsichtigen Sie, in diesem Prozeß eine aktivere Rolle zu übernehmen?

VLADIMIR PUTIN: Wir sind aktiv an den Verhandlungen dieser Sechs-Parteiengruppe zur Lösung des nuklearen Problems mit Nordkorea beteiligt. Sie haben vielleicht selbst schon festgestellt, daß unsere Einstellung gegenüber diesem Komplex sehr produktiv ist, und unsere Haltung hat in der Tat zu positiven Ergebnissen in dieser Angelegenheit beigetragen. Wir haben stets die Meinung vertreten, daß alles vermieden werden muß, was bei den Verhandlungen zu einer Patt-Situation führen könnte, und daß Nordkoreas Interessen berücksichtigt werden müssen, um ein Abkommen zu erreichen, dem alle Seiten zustimmen können. Auch China hat natürlich sehr hart daran mitgearbeitet, ein positives Ergebnis zu erzielen. Ich meine, daß alle an diesem Prozeß beteiligten Parteien ihren guten Willen bewiesen und demonstriert haben, daß, trotz der Ernsthaftigkeit des Problems, sie alle nach einer Übereinkunft streben und bereit sind, auch nach Kompromissen zu suchen, die zu finden, stets möglich ist. Wir werden unsere Arbeit in diesem Bereich entsprechend fortsetzen.

Was Asien insgesamt betrifft, habe ich bereits erwähnt, daß Asien bei uns eine hohe

Priorität hat. Wir werden mit den internationalen Organisationen zusammenarbeiten, und wir sind bereits in vielen asiatischen Foren vertreten und werden und auch weiterhin an der Arbeit beteiligen.

Was die wirtschaftliche Seite betrifft, wenn wir uns der Energiefrage zuwenden, eines der dringlichsten Probleme, ist Ihnen bekannt, daß wir bereits eine Ölpipeline zur Pazifikküste bauen, und wir entsprechende Pläne für eine Gaspipeline haben. Es wird aktiv an den Plänen gearbeitet, eine Gaspipeline nach China und zur Pazifikküste zu verlegen.

Wir werden auch weiterhin in anderen Bereichen zusammenarbeiten. Auf dem Hochtechnologie-Sektor, und im Wege der militärisch-technischen Zusammenarbeit. Wir werden eine multilaterale Kooperation mit Asien entwickeln.

THE TIMES: Tony Blair hat sich schließlich dazu entschlossen, Gordon Brown bei seiner Absicht zu unterstützen, neuer Britischer Premierminister zu werden. Glauben Sie, daß er die richtige Wahl ist? Was Sie betrifft, wen würden Sie gern als nächsten Präsidenten Rußlands sehen?

VLADIMIR PUTIN: Falls Sie auf Gordon Brown anspielen. Bei allem Respekt, den ich für ihn empfinde, wird er sehr wahrscheinlich nicht der nächste Präsident Rußlands sein. [Gelächter].

Die Wahl der Labour-Partei ist nicht unsere Angelegenheit,. Wir wissen, daß Brown ein Könner der Spitzenklasse ist, und ich hoffe, daß er tatsächlich der nächste Britische Premierminister sein wird angesichts der in den vergangenen Jahren erzielten positiven Ergebnisse, und wir wären in der Lage, unsere Beziehungen zu Großbritannien weiter zu entwickeln. Wir haben unsere Zusammenarbeit und die Möglichkeiten für gemeinsame Unternehmungen zwischen der Russischen und Britischen Regierung bereits diskutiert. Ich erinnere mich an den herzlichen Empfang, als ich mich auf Staatsbesuch in Großbritannien aufhielt. Alle diese Dingen enthalten so viele positive Elemente, die ein Voranschreiten ermöglichen. Was die Entscheidungen der Labour-Partei betrifft, werden wir mit dieser Entscheidung natürlich einverstanden sein und mit unserem neuen Partner zusammenarbeiten, wer immer es auch sein mag.

Was Rußland betrifft, im Gegensatz zu Großbritannien, wo der Premierminister aus einer politischen Partei heraus gewählt wird, erfolgt die Wahl des Russischen Präsidenten in direkter und geheimer Wahl durch das Volk.

THE TIMES: Nun, aber welche Art von Mensch würden sie gern sehen, und welche Qualitäten sollte er haben?

VLADIMIR PUTIN: Vor allem würde ich gern jemand sehen, der ernsthaft und ehrlich ist. Jemand mit einem hohen Maß an Professionalismus und Erfahrung, der sich bereits bewährt und positive Ergebnisse auf regionaler oder Bundesebene erzielt hat. Mit anderen Worten: Ich würde mir jemand wünschen, der dem Russischen Volk im Wahlkampf für den nachfolgenden Wahlvorgang Vertrauen einflößt.

DER SPIEGEL: Könnte es sich bei dieser Person um jemand handeln, der das Präsidentenamt bereits innehatte?

VLADIMIR PUTIN: Es hat erst einen ehemaligen Präsidenten gegeben – Boris Jelzin. Heute ist ein Tag der Erinnerung an Boris Jelzin. Es ist sein vierzigster Sterbetag. Es hat in der Russischen Föderation keine anderen Präsidenten gegeben. Meine Amtszeit nähert sich ihrem Ende, und ich verstehe nicht einmal, worauf Sie hinaus wollen.

WALL STREET JOURNAL: Jetzt, da sich Ihre Amtszeit ihrem Ende nähert, wie möchten Sie, daß sich die Geschichte an Ihre Präsidentschaft erinnert? Was sind die Haupterrungenschaften Ihrer Präsidentschaft, von denen Sie wünschen, daß man sich daran erinnert? In dieser Hinsicht, mit welchem russischen oder Weltführer möchten Sie, daß Ihre Präsidentschaft verglichen wird?

VLADIMIR PUTIN: Um am Ende zu beginnen, warum sollten Vergleiche gezogen werden? Die Situation in jeder historischen Periode und jedem Land ist stets einmalig,

und ich sehe keine Notwendigkeit dafür, Vergleiche anzustellen. Die Zeit wird vergehen, und die Spezialisten, die Öffentlichkeit und die Experten werden objektiv beurteilen, was ich während dieser acht Jahre als Präsident der Russischen Föderation erreichen konnte. Ich glaube, daß es Dinge gibt, auf die die Leute, die mit mir gearbeitet haben zu Recht stolz sein können. Dazu gehört die Wiederherstellung Rußlands territorialer Integrität, Stärkung des Staates, Fortschritt bei der Einrichtung eines Multiparteien-Systems, Stärkung des parlamentarischen Systems, Wiederherstellung des Potenzials der Streitkräfte und, natürlich, die Entwicklung der Wirtschaft. Wie sie wissen, ist unsere Wirtschaft im Verlauf meiner Amtszeit jährlich um durchschnittlich 6.9 Prozent gewachsen, und unser Bruttosozialprodukt ist allein im Verlauf der ersten vier Monate dieses Jahres um 7,7 Prozent angestiegen.

Als ich mit meiner Arbeit im Jahre 2000 begann, lebten 30 Prozent unserer Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Diese Zahlen sind seitdem zweistellig gefallen, und heute sind es nur noch 15 Prozent, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Wir werden diese Zahl bis 2009 oder 2010 auf 10 Prozent senken und damit den europäischen Durchschnitt erreicht haben.

Wir hatten enorme Schulden, einfach katastrophal für unsere Wirtschaft. Aber wir haben unsere Schulden getilgt. Wir haben unsere Schulden nicht nur beglichen, sondern wir haben auch die positivste Auslandsverschuldung gegenüber der Bruttosozialprodukt-Rate in Europa. Unsere Gold- und Währungsreserven sind bekannt. Im Jahre 2000 standen sie bei lediglich \$ 12 Milliarden, und unsere Verschuldung überstieg unser Bruttosozialprodukt um mehr als 100 Prozent, aber heute haben wir die drittgrößten Gold- und Währungsreserven der Welt, und sie sind allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf \$ 90 Milliarden angestiegen.

Während der 1990er und selbst in den Jahren 2000 und 2001 hatten wir eine massive Kapitalflucht aus Rußland in einer Größenordnung von \$ 15 Milliarden, \$ 20 Milliarden und \$ 25 Milliarden, die jährlich unser Land verließen. Im vergangenen Jahr haben wir diese Situation zum ersten Mal umgekehrt und hatten einen Kapitalzufluß von \$ 41 Milliarden zu verzeichnen. Die ersten vier Monate dieses Jahres brachten bereits einen Kapitalzufluß von \$ 40 Milliarden. Die Kapitalisierung der Russischen Börse hat im vergangenen Jahr einen immensen Zuwachs von rund 50 Prozent zu verzeichnen gehabt. Dies ist eines der global besten Ergebnisse, vielleicht sogar das beste. Unsere Wirtschaft lag fast am Boden, sie stand am Ende der Liste der Weltwirtschaft. Aber heute hat sie sich den neunten Platz erobert und in manchen Bereichen sogar die Wirtschaft der anderen G8-Staaten überrundet. Das bedeutet, daß wir heute in der Lage sind, uns mit sozialen Problemen auseinanderzusetzen. Das Realeinkommen steigt jährlich um 12 Prozent. In den ersten vier Monaten dieses Jahres war bereits ein Anstieg des Realeinkommens um 14 Prozent zu verzeichnen, während die Löhne und Gehälter um 11 bis 12 Prozent gestiegen sind. Was die noch zu lösenden Probleme betrifft, ist eines der dringlichsten die klaffende Einkommensschere zwischen den Leuten an der Spitze und denen am Ende der Skala. Die Bekämpfung der Armut ist zweifellos eine unserer Spitzenprioritäten, und wir müssen auch noch viel tun, um unser Renten- und Pensionssystem zu verbessern, weil das Verhältnis zwischen Pensionen und dem Durchschnittseinkommen in Rußland noch immer niedriger als in Europa ist. Die Lücke zwischen den Einkommen an der Spitze und am Ende der Skala ist noch groß – ein Unterschied des 15,6 bis 15,7fachen. Das ist zwar weniger als in den Vereinigten Staaten, die bei 15,9 liegen, aber mehr als in Großbritannien oder Italien mit 13,6 bis 13,7. Aber für uns ist es noch eine große Lücke, und die Bekämpfung der Armut hat bei uns absoluten Vorrang.

Die demografische Situation ist eine andere Priorität. Wir müssen alles tun, um die demografische Situation zu ändern. Wir haben in diesem Bereich ein Sonderprogramm begonnen. Ich will hier nicht alle Einzelheiten dieses Programms wiederholen, aber wir

stellen große Ressourcen für die Durchführung des Programms zur Verfügung. Und ich bin sicher, daß wir Ergebnisse erzielen werden.

Was den Staatsaufbau betrifft, werden wir häufig für die Zentralisierung der staatlichen Macht kritisiert. Aber nur wenige beachten die Tatsache, daß wir viele Entscheidungen zur Dezentralisierung der staatlichen Macht getroffen, und eine Fülle von Machtbefugnissen auf die regionale, und besonders wichtig, auf die kommunale Ebene verlagert haben.

Mit Erstaunen habe ich die Debatte in Deutschland darüber verfolgt, welche Machtbefugnisse den Ländern übertragen werden sollen. Im Verlauf dieser gesamten Debatte konnte ich nur staunen und sehen, daß wir alles das schon lange vollzogen haben. In Rußland wäre es heute einfach nur komisch, eine Debatte über die Übertragung der Vollmacht, sagen wir der Ladenschlußzeiten, auf Regionalbehörden zu führen. Die russischen Gemeinden haben entschieden mehr Machtbefugnisse als es in vielen europäischen Staaten der Fall ist, und wir glauben, daß unsere Politik hier die richtige ist. Leider befanden wir uns in einer Situation, wo uns die nötigen Finanzmittel zur Begleitung dieser Machtübertragung nicht zur Verfügung standen, aber wir sind dabei, die Situation nach und nach zu verbessern. Das sind die wichtigsten Dinge, die uns in Rußland heute noch Sorgen bereiten, und es liegt noch viel Arbeit vor uns.

CORRIERE DELLA SERA: Herr Präsident, ich habe meinen Kollegen versprochen, keine weiteren Fragen zu stellen. Aber ich habe dennoch eine kurze Frage an Sie. Mir ist klar, daß es die Wähler Rußlands sein werden, die über den nächsten Präsidenten abstimmen. Aber könnten Sie, Vladimir Putin, uns vielleicht etwas darüber sagen, was Sie nach dem Ende Ihrer Amtszeit tun werden?

VLADIMIR PUTIN: Ich werde arbeiten, das steht fest. Aber wo, und in welcher Eigenschaft, kann ich heute noch nicht sagen. Ich habe darüber gewisse Vorstellungen, aber es ist noch zu früh, darüber zu reden. Selbst nach dem gegenwärtigen russischen Gesetz bin ich noch weit vom Pensionsalter entfernt, und es würde keinen Sinn machen, tatenlos zuhause zu sitzen und die Daumen zu drehen.

Aber ich möchte jetzt noch nicht über meine möglichen Zukunftspläne sprechen. Um ehrlich zu sein, ich halte es einfach nicht für richtig, die öffentliche Meinung über diese Frage zu erregen. Wir müssen abwarten und sehen, wie sich die Dinge entwickeln, wie der politische Prozeß in Rußland sich im Verlauf dieses und Anfang kommenden Jahres entwickelt. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten.

CORRIERE DELLA SERA: Ich habe eine zweite Frage zur Russischen Außenpolitik. Es scheint mir, daß die russische Außenpolitik keine echte Alternative zur, sagen wir, amerikanischen oder europäischen Außenpolitik bietet.

Ein Beispiel ist der Iran. Natürlich wünscht Rußland nicht, daß der Iran zu einem Nuklearstaat wird. Schließlich grenzt der Iran beinahe an Rußland an. Aber welche Alternative gibt es zu der westlichen Politik der Sanktionen, die vom Westen verfolgte Politik, einschließlich der Beteiligung Rußlands bei der UN? Sehen sie irgendeine Alternative, die von Rußland ausgehen könnte?

Der Kosovo ist ein weiteres Beispiel. Ich kenne Ihre Haltung zum Kosovo, Ihre Position bezüglich direkter Verhandlungen zwischen den Serben und Kosovaren. Aber glauben Sie nicht, daß die Haltung, die Sie gegen Herrn Ahtisaari und die UN bezogen haben, den Kosovo zu einer unilateralen Unabhängigkeitserklärung veranlassen könnte?

VLADIMIR PUTIN: Was Rußland als Lösungsmöglichkeit für komplexe, anscheinend unlösbare Probleme vorschlagen kann, darüber habe ich gerade mit ihrem Kollegen, Herrn Ota, in der Frage Nordkoreas gesprochen. Wir wissen, daß trotz aller Komplexität dieses Problems, eine Lösung gefunden wurde, und es möglich ist, Dinge zu regeln, wenn – anstatt die Lage zu dramatisieren und die Dinge in eine Sackgasse zu treiben – sich die Parteien dazu entschließen, nach Auswegen aus der Patt-Situation zu suchen und bereit sind, einen Kompromiß zu schließen. Probleme können ohne Drohungen und bewaffnete

Streitkräfte gelöst werden, und wir unterstützen diese Form der Problemlösung. Was den Kosovo betrifft, erwähnten Sie, daß wir uns für den Gedanken eines Dialogs zwischen der Albanischen Bevölkerung des Kosovo und den Serben einsetzen. Aber das ist nicht die Gesamtposition, die wir beziehen. Ich möchte zu diesem Punkt noch etwas mehr ausführen.

Erstens, unsere Haltung stützt sich auf die Grundsätze des Internationalen Rechts, und eines dieser Hauptprinzipien betrifft die nationale Integrität des Staates.

Zweitens, unsere Position stützt sich auf die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, die – darauf möchte ich hinweisen – einstimmig beschlossen wurde, und niemand dagegen gestimmt hat. Diese Resolution stellt ausdrücklich schwarz auf weiß fest, daß der Kosovo ein integrales Teil Serbiens ist.

Wenn wir den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker – des Grundsatzes, der hinter der Politik der Sowjetunion zu der Zeit gestanden hat, als sich die Völker vom Kolonialismus befreien wollten – über den Grundsatz der territorialen Integrität stellen wollen, sollte diese Politik und diese Entscheidung universal und auf alle Teile der Welt anwendbar sein, zumindest jedoch auf alle Teile Europas. Wir sind von der Argumentation unserer Partner, der Kosovo sei ein Sonderfall, in keiner Weise überzeugt. Es gibt nichts, aus dem man herleiten könnte, der Kosovo sei in irgendeiner Weise anders als Süd-Ossetien, Abchasien oder Trans-Dniester. Das jugoslawische Kommunistische Staatsgefüge kollabierte, und das sowjetische Kommunistische Imperium folgte später nach. Beide Fälle hatten ihre Litanei von Kriegen, Opfern, Kriminellen und Opfer der Verbrechen. Süd-Ossetien, Abchasien und Trans-Dniester haben im Verlauf der vergangenen 15 Jahre essentiell als unabhängige Staaten existiert und ihre Parlamente und Präsidenten gewählt, und sich eine Verfassung gegeben. Es gibt keinen Unterschied. Wir verstehen nicht, warum wir einen Grundsatz in einem Teil Europas unterstützen, und in anderen Teilen Europas andere Prinzipien anwenden sollen, um den Völkern des Kaukasus, beispielsweise das Recht auf Selbstbestimmung vorzuenthalten.

Ich schließe nicht aus, daß graduelles Arbeiten auf Seiten der Serben letztendlich zu einer Meinungsänderung in Sachen Kosovo führen könnte. Ich möchte nicht für die Serben sprechen, aber anhaltende und taktvolle Arbeit könnte schließlich dazu führen, daß man zu einem Kompromiß findet.

Ich sehe heute keine Notwendigkeit, ein ganzes europäisches Volk auf die Knie zu zwingen und zu demütigen, so daß die gesamte Nation auf jene als Feinde blicken wird, die diese Situation herbeigeführt haben. Diese Art von Angelegenheiten sollten ausschließlich durch Verhandlungen, Übereinkommen und Kompromisse gelöst werden, und ich denke, daß wir die Möglichkeiten in dieser Hinsicht noch nicht voll ausgeschöpft haben.

Man sagt uns, es sei Anlaß zur Eile geboten, aber Eile, wo? Was ereignet sich, das so dringend ist, daß man, Sie mögen diesen Ausdruck entschuldigen, fast über seine eigenen Füße stolpert?

CORRIERE DELLA SERRA: Könnten Sie einige Worte zum Iran sagen?

VLADIMIR PUTIN: Ich sagte bereits, daß wir in der Lage waren, den Konflikt mit Nordkorea zu lösen, und zwar ohne Drohungen und ohne die Anwendung von Gewalt. Warum sollten wir nicht in der Lage sein, auch für das Iran-Problem eine Lösung zu finden? Wir müssen weitersuchen und die Geduld bewahren.

Ich stimme dem zu, daß es sich um eine schwierige Angelegenheit handelt. Herr Solana hat sich gerade in Madrid mit Vertretern des Iran getroffen, und der Dialog wird fortgesetzt. Wir möchten ihn auch in Zukunft fortsetzen. Wie Sie sehen, arbeiten wir mit allen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates zusammen, um nach gegenseitig akzeptablen Lösungen zu suchen, und wir verrichten diese Arbeit mit dem höchsten Verantwortungsgefühl.

THE TIMES: Darf ich Sie in diesem Zusammenhang fragen: Stimmen Sie mit Präsident Bush darin überein, daß Atomwaffen für den Iran nicht akzeptabel sind?

VLADIMIR PUTIN: Dem stimme ich uneingeschränkt zu.

LE FIGARO: Ich möchte auf Ihre Ausführungen zum Kosovo antworten. Ich sehe keinerlei Möglichkeit für eine Kompromißlösung. Könnten Sie erläutern, welche Art von Kompromiß denkbar wäre? Welche Art von Kompromiß könnte es hier geben?

VLADIMIR PUTIN: Wenn ich es wüßte, hätte ich diesen Kompromiß längst vorgeschlagen. Wir müssen weitersuchen. Es ist ein schwieriges und komplexes Unterfangen. Ich weiß es nicht. Ich weiß es in diesem Moment einfach nicht. Aber Serbien und Montenegro haben beispielsweise für einige Zeit ihrer Geschichte einen Kompromiß erreicht, und jedermann hatte dem zugestimmt. Das ist nur ein Beispiel. Aber ist Ihnen noch nicht der Gedanke gekommen, daß das Beharren auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts einen negativen Prozeß von der Art in Gang setzen könnte, wie wir ihn von Rußland kennen, und nicht nur in der post-sowjetischen Ära? Es wäre für uns schwierig, den verschiedenen Völkern des Nord-Kaukasus zu erklären, warum Völker in einem Teil Europas dieses Recht haben, und sie haben es nicht. Sie haben da beispielsweise die Situation, wo Teile des Volkes der Ossietier in Rußland, und der andere Teil auf dem Territorium Georgiens lebt und sich für einen unabhängigen Staat hält. Und wie sollen wir den Ossietien erklären, warum sie sich nicht desselben Rechts erfreuen können, wie andere Völker Europas, warum es den Albanern gestattet ist, dieses Recht in Anspruch zu nehmen, aber nicht den Ossietien. Es wäre unmöglich, es ihnen zu erklären. Außerdem würde diese Entscheidung die Separatistenbewegungen in Europa ermutigen. Schottland plant, soweit mir bekannt ist, in drei Jahren ein Referendum zur Frage der Unabhängigkeit. Ähnliche Bewegungen gibt es in Katalonien, und dieser Prozeß geht bereits viele Jahre im Baskenland vor sich. Wenn wir uns mit der Lage auf dem Balkan intensiver beschäftigen, werden wir sehen, daß die Republik Srpska sich mit Serbien vereinigen möchte. Südeuropa hat auch andere Probleme. Ich möchte diese Probleme nicht alle aufzählen, um nicht die Gründungsentsprechender Bewegungen zu provozieren. Wenn sie sich aber mit Experten unterhalten, werden sie erfahren, daß es eine Vielzahl solcher Probleme gibt. Und warum soll man die Lage provozieren? Ich halte es für außerordentlich schädlich und gefährlich. Wenn sich jemand den Leuten anschließen möchte, die, aus welchen Gründen auch immer, in Eile sind und behaupten, es sei keine Zeit mehr zu verlieren, obwohl keine Zeit mehr wofür dabei nicht klar ist, dann bitteschön, sollen sie. Aber wir können dem nicht zustimmen.

LE FIGARO: Ich habe eine weitere Frage zur Wirtschaft, zu Rußlands Wunsch, sich an europäischen Gesellschaften zu beteiligen, insbesondere an EADS, der Europäischen Raumfahrtgesellschaft. Welche Ziele verfolgt Rußland in dieser Hinsicht? Was können sie den Menschen in Westeuropa sagen, die ein bißchen besorgt hinsichtlich der möglichen Ziele und Absichten Rußlands bei einer Kapitalbeteiligung an europäischen Unternehmen sind?

VLADIMIR PUTIN: Was ist daran Furcht erregend, wenn russische Gesellschaften dringend benötigte Investitionen in anderen Ländern Europas tätigen möchten? Das ist etwas, das man begrüßen sollte, etwas, das man mit Dank annehmen sollte. Unsere Gesellschaften arbeiten entsprechend den Marktbedingungen. Sie kommen nicht, um irgendjemand irgendetwas fortzunehmen. Sie investieren, schaffen Arbeitsplätze, tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Sie erwähnten EADS. Wir wissen daß sich EADS einer Reihe von Problemen gegenüber sieht, und wären wir zu einer Einigung über den Einstieg eines russischen Investoren gelangt, wäre es vielleicht möglich gewesen, die Arbeitsplätze bei Airbus zu erhalten. Vielleicht wäre es möglich gewesen, die Entlassung von hunderten von Arbeitskräften zu verhindern. Ich erwähne diesen Fall nur als Beispiel. Was gibt es da zu befürchten? Ich sehe keine Gefahr. Ich sehe lediglich die Möglichkeit, unser Potenzial

zu verbinden. Umso mehr, als wir auf dem Luftfahrtsektor in der Tat etwas zu bieten haben. Im Bereich Luftfahrt haben wir unsere eigenen Probleme, aber gegenwärtig sind wir in dem Prozeß der Entwicklung einer großen Holding-Gesellschaft, und wir haben etwas anzubieten. Interessante Projekte und Entwicklungen. Wir haben beispielsweise das Be-200 Brandbekämpfungs-Flugzeug, das in seiner Klasse einzigartig ist. Auf der ganzen Welt gibt es kein vergleichbares Flugzeug. Wir sahen, wie die Wälder Südeuropas in den vergangenen Jahren so schwer von Bränden betroffen waren. Warum sollte dieses Flugzeug dort nicht eingesetzt werden?

Mir ist klar, daß sich die russischen Hersteller einen gewissen Marktanteil sichern würden, aber ich habe keinen Zweifel daran, daß in Europa dieser Sektor davon nur Vorteile hätte. Seien wir ehrlich, Wettbewerb ist hart. Der globale Markt ist durch zwei oder drei Mitspieler monopolisiert – amerikanische und europäische – die in starker Konkurrenz zueinander stehen. Aber wenn die Europäer nicht mit ihnen arbeiten wollen, werden wir uns woanders Partner suchen. In manchen Bereichen des Marktes der Flugzeugindustrie werden wir stets mit irgendeinem Unternehmen zusammenarbeiten. Boeing hat bereits in Moskau ein Büro eröffnet, das wesentlich zur Entwicklung des neuesten Flugzeugtyps von Boeing beigetragen hat. Es gibt Dinge, die wir gemeinsam erarbeiten könnten, und wie ich sagte, diese Zusammenarbeit könnte produktiv sein und uns alle wettbewerbsfähiger machen.

Was andere Investitionen betrifft, beispielweise auf dem Energiesektor, wenn Gazprom oder jeder andere unserer Energielieferanten sich in das Verteilernetz einschalten, wird es sehr in ihrem Interesse sein, daß dieses Netzwerk auch Gas liefert, und was könnte daran schlecht sein? Es würde allen Beteiligten zum Vorteil gereichen.

Wir sind mit unseren deutschen Partnern übereingekommen, eine Nordeuropäische Gaspipeline zu bauen. Manche sehen darin, aus welchen Gründen auch immer, die Umgehung anderer Länder. Aber es geht nicht um die Ausschaltung anderer Länder, sondern lediglich um die Einrichtung einer zusätzlichen Route für den Transport von Energie nach Europa. Wir schalten nichts ab, sondern errichten lediglich eine weitere Transportstrecke. Beide Beteiligte halten Anteile von 49 und 51 Prozent an dieser Pipeline. Deutschland gestattet es, daß wir uns auf seinem Territorium in das bestehende Verteilernetz einschalten, und wir gestatten es Deutschland, sich auf unserem Territorium an der Produktionsaktivität zu beteiligen. Es bedeutet, daß die deutschen Verbraucher hinsichtlich der zukünftigen Förderung und Lieferung und der entsprechenden Dienstleistungen beruhigt sein können. Dadurch wird der Standard der Energiesicherung in Europa erhöht und versichert den am Markt Beteiligten, daß alles mit der Präzision einer Uhr ablaufen wird.

Ja, wir sind an einer Zusammenarbeit auf dem Hochtechnologie-Sektor interessiert. Die alte COCOM-Liste wurde formell abgeschafft, aber dennoch sind auch heute noch viele Beschränkungen in Kraft, und wir meinen, daß es sich hier um ein Hindernis für die globale Wirtschaftsentwicklung handelt. Um ein schädliches Hindernis, das in keiner Weise den gegenwärtigen Stand der internationalen Beziehungen reflektiert. Die Beschränkungen sind ein Relikt aus der Vergangenheit, und sie sollten beseitigt werden. Andere Unternehmer haben einen Anteil zwischen 25 und 30 Prozent an einem großen österreichischen Bauunternehmen erworben und haben dieses Unternehmen jetzt in unseren Baumarkt eingeführt. Sie haben die Möglichkeit zur Durchführung von gemeinsamen Arbeiten im Gesamtwert von \$ 25 Milliarden im Verlauf der kommenden 14 Jahre allein durch ein Bauprojekt. Was könnte für das fragliche Unternehmen daran schlecht sein? Es hat sich selbst für die kommenden 14 Jahre Arbeit gesichert, und wir werden einen neuen Wohnbezirk in Jekatarinenburg errichten.

CORRIERE DELLA SERA: Kann dasselbe von Aeroflot gesagt werden?

VLADIMIR PUTIN: Wenn Aeroflot als Wirtschaftsunternehmen ein Abkommen mit

Alitalia trifft, und Alitalia es als vorteilhaft erachtet, ist das für uns völlig in Ordnung. Wir beabsichtigen, die Stellung von Aeroflot in Rußland zu verbessern, aber die Gesellschaft wird als sich ebenbürtig mit anderen auf dem Markt betätigen, denn wir werden ihr keinerlei besonderen Vorzug geben. Sollten unsere Partner in Italien der Meinung sein, die Zusammenlegung der Kräfte mit Aeroflot sie wirtschaftlich sinnvoll, haben wir dagegen keine Einwände oder Bedenken.

WALL STREET JOURNAL: Meinen Sie nicht, daß russische Gesellschaften im Westen diskriminiert werden? Glauben Sie, daß man sie aus politischen Gründen nicht gern sieht?

VLADIMIR PUTIN: Ihr Kollege erwähnte Befürchtungen und Besorgnis, obwohl ich den Grund nicht zu erkennen vermag. Ich meine, es handelt sich hier einfach um eine neue Situation, an die sich die Leute noch nicht gewöhnt haben. Alle sind daran gewöhnt, Rußland als Empfänger von Wirtschaftshilfe zu sehen, und jetzt investiert es Milliarden von Dollar oder ist dazu bereit. Ich glaube, daß sich die Öffentliche Meinung an die neuen Umstände gewöhnen wird, aber das ist die Realität von heute, und dieser Prozeß wird sich noch beschleunigen.

Bei einer Zusammenarbeit mit Rußland besteht nicht die Gefahr, nicht einmal langfristig, daß der Markt mit billigen Konsumgütern überschwemmt werden könnte, wie es bei einigen asiatischen Ländern der Fall ist.

WALL STREET JOURNAL: Ich glaube, daß sich die Menschen eher vor politischem Einfluß oder der Möglichkeit fürchten, daß die Wirtschaft als Druckmittel benutzt werden könnte.

VLADIMIR PUTIN: Das ist lächerlich und lediglich die Folge der Ignoranz gegenüber dem, was sich heute in der Welt ereignet. Als ich mich in Bulgarien aufhielt, sagte mir Präsident Prvanov, „Ihre Gesellschaft Lukoil hat hier \$ 300 Millionen investiert und ein Netzwerk von Tankstellen eingerichtet.“ Ich habe es erst von ihm erfahren. Ich weiß nicht, was Lukoil in Bulgarien unternimmt. CONOCO-Philips hält bereits 10 Prozent der Aktienanteile an Lukoil. Es handelt sich jetzt um eine Gesellschaft, die am internationalen Markt beteiligt ist. Wenn wir Gazprom nehmen, die jedermann zu fürchten scheint. So hält Deutschland Ruhrgas einen Anteil von mehr als 10 Prozent am Aktienkapital der Gesellschaft und hat einen Vertreter im Vorstand. Auch viele unserer anderen Unternehmen haben sich für die Beteiligung von ausländischen Investoren geöffnet. Einer Ihrer Kollegen, oder sogar Sie selbst, sagten wir würden einen Staatskapitalismus entwickeln, aber das ist nicht der Fall. Ja, wir betreiben eine Politik der Konsolidierung und Mobilisierung in einigen Bereichen, beispielsweise beim Schiffsbau und in der Flugzeugindustrie, wo wir beschlossen haben, staatliche Konzerne zu errichten. Aber sehen Sie sich an, was andere Länder tun. Betrachten Sie, was Südkorea Mitte der 1960er Jahre auf dem Schiffsbau-Sektor tat. Prüfen Sie deren Entscheidungen und die Präferenzen für ihre Konzerne, die sie gesetzlich festgeschrieben haben, und es wird Ihnen alles klar werden. Manche Dinge wurden in der Welt bereits versucht und geprüft. Dasselbe trifft auf die Flugzeugindustrie zu. Leider, ohne staatliche Unterstützung, befindet sich die Luftfahrtindustrie, und hier insbesondere der private Sektor, in einer schwierigen Lage.

Durch die Gründung solcher Konzerne erhöhen wir die Anzahl der staatseigenen Betriebe nicht, und darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Wir versammeln lediglich bereits existierende Betriebe unter einem gesetzlichen Rahmen, um sie effektiver betreiben zu können. Wir nehmen niemand etwas fort. Wir haben einfach einen Schiffsbau-Konzern aus bestehenden staatlichen Betrieben gegründet, und wir werden auf dem Flugzeugbau-Sektor entsprechend verfahren. Wir verjüngen diese Bereiche, geben erfolglose Projekte auf, und wir schließen die Möglichkeit nicht aus, Teile der gegenwärtig von Staat gehaltenen Anteile an den Unternehmen, später für den Markt freizugeben, wenn diese Betriebe effektiv arbeiten. Das ist allgemeine Entwicklungslinie, der wir folgen.

Was den Energiesektor betrifft, im Gegensatz zur OPEC, haben wir unseren Ölsektor total privatisiert, und heute gibt es nur noch zwei Gesellschaften mit staatlicher Beteiligung, Gazprom hat bereits 49 Prozent ihrer Aktienanteile auf dem freien Markt, und, nach unserer Schätzung, befinden sich jetzt mehr als 20 Prozent in der Hand von ausländischen Unternehmen. Ruhrgas hat formell einen Anteil von 10 Prozent übernommen, und die Experten sagen, daß sich weitere rund 10 Prozent in den Händen des freien Marktes befinden. Der andere Betrieb, Rosneft, hat, wie Sie wissen einen Teil seiner Aktien verkauft.

Alle anderen Gesellschaften, Konzerne und Unternehmen befinden sich in Privathänden, und viele von ihnen haben eine ausländische Beteiligung. BP, über die Ihr Kollege von der The Times Fragen stellte, erhöht ihre Reserven hauptsächlich über ihre russischen Aktivitäten, und die Russische Regierung akzeptiert es. Die Reserven von BP steigen jährlich, was gleichzeitig die Kapitalisierung erhöht, und zwar selbst dann, wenn die Gesellschaft an der Exploration der Depots nicht beteiligt ist. In diesem Sinne ist Rußland längst zu einem Teil der Weltwirtschaft geworden. Es ist für einen Teil der Weltwirtschaftsinnlos, einen anderen Teil zu diskriminieren und sich davor zu fürchten, sich ihm gegenüber zu öffnen. Der Gesamtprozeß ist bereits in Gang gesetzt, und ich meine, daß sich im Verlauf der Zeit darauf keine Probleme ergeben werden. Auf Konzernebene kann es natürlich die Befürchtung des Wettbewerbs geben, aber es sind die Menschen, die sich vor einem fairen und offenen Wettbewerb fürchten, von denen diese Angst in der westlichen Gesellschaft hervorgerufen wird.

WALL STREET JOURNAL: Um noch einmal auf BP zurückzukommen. Als TNK- BP gegründet wurde, wurden die russischen Anteilseigner gefragt, wie die Kontrolle für den Fall ausgeübt werden soll, wenn das Verhältnis 50 zu 50 beträgt. Heute hält Rußland 51 Prozent der Aktienanteile an seinen Großbetrieben, und das bedeutet, daß der Staat die Kontrolle ausübt.

Vom Standpunkt der strategischen Interessen Rußlands, meinen Sie, daß TNK-BP, heute als drittgrößtes Unternehmen gemessen an der Produktion, auch weiterhin auf der Basis 50 zu 50 operieren kann, oder wäre es besser, die Kontrolle zu übernehmen...?

VLADIMIR PUTIN: Das ist keine Frage für mich. Ich bin kein Aktionär bei BP oder TNK. Es ist eine Frage, an die Anteilseigner gerichtet werden sollte. Weder in meiner persönlichen Eigenschaft, noch als Vertreter des Staates, kann ich für die Aktionäre von BP und TNK sprechen. Ich sagte bereits damals, wenn sie sich dafür entscheiden, auf der

27 Basis 50 zu 50 zu arbeiten, was sich nicht immer als effektiv erweist, wie ich aus der Zeit meiner Tätigkeit in St. Petersburg weiß, dann sollen sie es tun. Und sie haben sich so entschieden. Ich sagte ihnen, es sei allein ihre Angelegenheit. Und, soweit mir bekannt ist, haben sie bisher noch keine Probleme gehabt.

WALL STREET JOURNAL: Der Staat vertritt also nicht die Ansicht, es sei besser, 51 Prozent der Aktienanteile an solchen Unternehmen zu halten?

VLADIMIR PUTIN: Mögen sich Ausländer 100 Prozent sichern, wenn es ihnen gefällt.

KOMMERSANT: Vladimir Vladimirovich, Sie sagten, heute sei der Gedenktag für Boris Jelzin. Wir alle erinnern uns daran, daß er zu Ihnen sagte: „Kümmern Sie sich um Rußland.“ Damals waren diese Worte besonders bedeutsam, denn es ging vermutlich nicht so sehr darum, sich um Rußland zu kümmern, sondern um Rußland zu retten. Auch Sie werden einige Worte an denjenigen richten müssen, der Ihnen im Amt nachfolgt. Haben Sie schon darüber nachgedacht, welchen Rat Sie Ihrem Nachfolger mit auf den Weg geben werden?

VLADIMIR PUTIN: Nein, habe ich nicht.

KOMMERSANT: Ist es nicht Zeit, darüber nachzudenken?

VLADIMIR PUTIN: Nein, es ist noch zu früh. Haben Sie es doch nicht so eilig. Ich bin

noch beim Nachtsch, und Sie wollen schon... [Gelächter].

KOMMERSANT: Dann eine andere Frage. Viel Menschen sagen, „Ich bin Putins Mann,“ Leute, die eine lange Zeit für Sie gearbeitet haben.

VLADIMIR PUTIN: Wer genau?

KOMMERSANT: Beispielsweise, Alexei Gromov.

ALEXEI GROMOV: Danke schön, aber ich habe das nie gesagt.

KOMMERSANT: Vladislav Surkov und Igor Sechin, beispielsweise. Ich könnte die Namen all Ihrer Berater und Leiter des Präsidentialamtes aufzählen. Haben Sie darüber nachgedacht, was aus diesen Leuten nach 2008 werden soll? Sie werden mit Ihnen aus dem Amt scheiden, oder werden sie bleiben? Für viele Menschen ist das ein Problem.

VLADIMIR PUTIN: Ich glaube nicht, daß es für vernünftige und ehrliche Leute ein Problem sein wird. Wenn jemand dem Staat ehrlich gedient hat, gibt es kein Problem. Nur das Problem, einen Arbeitsplatz zu finden, was natürlich für jeden Menschen wichtig ist. Aber für ehrliche und aufrichtige Bürger, die ehrlich zum Wohle ihres Staates gearbeitet haben, sollte und dürfte es keinerlei politische Probleme geben.

THE TIMES: Ich möchte Ihnen eine persönliche Frage über Ihre Frau und Familie stellen. Die Gattinnen von Ministern und Präsidenten stehen stets im Brennpunkt der Aufmerksamkeit. Hat es Ihrer Frau gefallen, die Gattin eines Präsidenten zu sein, oder wartet sie ungeduldig auf das Ende Ihrer Amtszeit?

VLADIMIR PUTIN: Sie wartet ungeduldig auf das Ende. Im Allgemeinen ist mein Amt für meine Familie natürlich eine gewisse Belastung. Mir selbst, bietet meine Arbeit einen gewissen Ausgleich, aber dieser Ausgleich fehlt meiner Familie, und außerdem gibt es eine Menge Beschränkungen. Meine Frau hat nie erwartet, daß ich Präsident werden könnte, und bedauert in keiner Weise, daß sich meine Amtszeit ihrem Ende nähert. Meine Kinder studieren, und glücklicherweise, ist mit ihnen alles in Ordnung. Insgesamt gibt es keine Probleme, und ich hoffe, daß es so bleiben wird.

Meine Frau ist mir ihrer Lieblingstätigkeit beschäftigt, Sie ist studierte Philologin und hat ihren Platz in der Arena gefunden. In dieser Hinsicht ist also alles in Ordnung.

DER SPIEGEL: Als Gerhard Schroeder...

VLADIMIR PUTIN: Sie schätzen Gerhard Schroeder wirklich sehr, nicht wahr?

DER SPIEGEL: Er scheint auch von Ihnen beeindruckt zu sein. Er sagte, es wäre gut für Deutschland, wenn die Verfassung für den Kanzler nur zwei aufeinander folgende Amtsperioden vorsehen würde. Aber später änderte er seine Meinung. Stimmen Sie mit ihm darin überein, daß es für den Präsidenten oder Staatsführer nur zwei aufeinander folgende Amtsperioden geben darf?

VLADIMIR PUTIN: Wir wissen, haben die verschiedenen Staaten in dieser Frage unterschiedliche Entscheidungen getroffen. In den Vereinigten Staaten von Amerika gab es beispielsweise keine Begrenzung der Amtszeiten des Präsidenten, und auch Frankreich hat die bisher bestehende Begrenzung abgeschafft. Dort kann ein Präsident so oft wiedergewählt werden, wie er die Stimmen der Wähler auf sich vereinigen kann. Aber ich meine, daß eine gewisse Art von Begrenzung erforderlich ist.

In Parlamentarischen Republiken, wie wir wissen, ist es keine Person, sondern eine Partei, die die Wahlen gewinnt und an die Macht kommt. Aus den Reihen dieser Partei wird der Mann gewählt, der an der Spitze der Regierung stehen soll. Präsidiale Republiken folgen einem anderen System.

Ich denke, es ist am besten, eine gewisse Begrenzung für die Dauer der Amtszeit festzulegen. Die vierjährige Amtszeit in Rußland wurde vielleicht vom US-Modell übernommen, und es war zum Zeitpunkt der Annahme der neuen Verfassung nicht von besonderer Bedeutung. Sergei Mironov der Sprecher des Oberhauses des Parlaments, sagte bei einer Gelegenheit es wäre sinnvoller, in Rußland die Amtszeit auf fünf oder sieben Jahre festzulegen. Ich möchte nicht erklären, was die beste Dauer der Amtszeit

wäre, fünf oder vielleicht sieben Jahre, aber dennoch meine ich, daß vier Jahre nicht sonderlich lang sind.

Bevor ich das Präsidentenamt übernahm, war ich Premierminister, und mir waren die Vorgänge im Land bereits bewußt, denn ich war am Entscheidungsprozeß beteiligt. Aber, sagen wir, wenn ein regionaler Gouverneur zum Präsidenten gewählt wird, benötigt er schon ein oder zwei Jahre, um sich mit all den Bundes- und internationalen Angelegenheiten vertraut zu machen. Und dann wäre bereits der Zeitpunkt gekommen, einen neuen Wahlkampf vorzubereiten. Ich meine, daß für das heutige Rußland eine Amtszeit von fünf, sechs oder sieben Jahren durchaus akzeptabel wäre, aber die Zahl der aufeinander folgenden Amtszeiten sollte begrenzt werden.

GLOBE AND MAIL: Glauben Sie, daß sich Rußland gegenwärtig in einer Übergangsphase hinsichtlich der Nationalisierung einiger Sektoren der Wirtschaft befindet, und handelt es sich hier um eine temporäre Maßnahme im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung? Kann dieser Zeitraum als Übergangsperiode nach wirtschaftlichen und politischen Begriffen bezeichnet werden? Was ist das letztendliche Ziel Rußlands in den kommenden fünf Jahren? Natürlich können Sie sagen, daß es auch in anderen Ländern eine ähnliche Situation gibt, aber würden Sie sagen, daß die gegenwärtige Situation in Rußland im Hinblick auf politische und Medienfreiheit nicht ideal ist? Handelt es sich um eine Übergangsphase zu etwas anderem, zu etwas, das Rußland zu einer echt liberalen Demokratie wandeln wird, mit voller Privatwirtschaft, wie auch andere europäische Staaten?

VLADIMIR PUTIN: Selbst in wichtigen Wirtschaftsbereichen, wie auf dem Energiesektor, ist hier das Privatkapital umfangreicher vertreten als in einigen anderen Ländern, die zweifellos als freie Marktwirtschaft bezeichnet werden. Mexiko wird beispielsweise als Land mit einer Marktwirtschaft bezeichnet, aber dort hat der Staat das absolute Monopol auf dem Ölsektor. In Rußland befindet sich dieser Wirtschaftszweig fast ausschließlich in Privathänden, und das Privatkapital ist in diesem Sektor stark vertreten. Ich hatte Ihrem Kollegen vom Wall Street Journal bereits gesagt, daß in Fällen, wo wir große staatliche Konzerne errichten, wie im Schiffsbau und der Luftfahrtindustrie, nationalisieren wir keine zuvor privatisierten Unternehmen, sondern bringen lediglich zerstreute staatseigene Betriebe unter ein Dach und vereinigen sie zu einem Gesamtunternehmen. Was den unglücklichen und allgemein bekannten Yukos-Fall betrifft, wird das Eigentum dieses Unternehmens zur Abdeckung von Verbindlichkeiten verkauft werden, einschließlich der Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Anteilseignern. Ein Teil dieses Eigentums wurde bereits von teilweise im Staatseigentum stehenden Gesellschaften erworben, und einiges wurde an Privatunternehmen abgegeben.

Wir beabsichtigen nicht, die Zahl der staatseigenen Unternehmen über das bestehende Maß hinaus zu erweitern. Wie ich bereits sagte, im Fall der Luftfahrtindustrie und des Schiffbaus, verjüngen wir diese Betriebe, machen sie wettbewerbsfähiger, und wir schließen den Verkauf von Anteilen an diesen Unternehmen für die Zukunft keineswegs aus. Aber zu diesen Zukunftsplänen gehört die Beteiligung fundierter und wettbewerbsfähiger Gesellschaften auf europäischer Ebene und Bedeutung. Wir wollen diese Bereiche nicht verlieren, wir wollen sie entwickeln, und wir streben dies auch mit der Hilfe von Privatkapital an.

Wie Sie wissen, haben wir eine Reihe von verschiedenen Fonds eingerichtet – den Unternehmenskapital-Fond und den Entwicklungs-Fond. Über diese Fonds stellen wir beachtliche Ressourcen für die Entwicklung einer Zusammenarbeit mit Privatunternehmen im Wege einer öffentlich-privaten Partnerschaft bereit. Wir haben bereits eine Vielzahl von Projekten, vor allem Infrastrukturprojekte, mit denen sofort begonnen werden kann. Zum ersten Mal sprechen wir nicht nur von ehrgeizigen Infrastrukturprojekten, sondern führen sie real durch – Projekte zum Bau von Flughäfen, Straßen und Brücken mit Hilfe von

Privatkapital, und dasselbe werden wir auf dem Gebiet der Hochtechnologie tun. Wir sind entschlossen, den Markt zu entwickeln, und liberale Marktwerte zu schaffen. Aber gleichzeitig wollen wir unsere Industrie erhalten und weiterentwickeln. Wir wissen, daß es in Europa Fälle gegeben hat, wo Konkurrenten Unternehmen aufkauften, selbst florierende Unternehmen, und sie dann geschlossen haben, um sich von einer Konkurrenz zu befreien.

Wir müssen alle diese Faktoren berücksichtigen, aber, wie ich sagte, wir sind entschlossen, eine liberale Wirtschaft zu entwickeln.

CORRIERE DELLA SERRA: Herr Präsident, ich habe eine in gewisser Weise provokative Frage.

Jeder, der Rußland kennt, weiß, daß Präsident Putin populär ist, und daß es in dieser Hinsicht einen starken Konsensus gibt. Und jeder, der sich russische Fernsehprogramme ansieht, findet dort keinerlei Kritik an Präsident Putin und dem russischen Behörden im allgemeinen. Findet sich da nicht ein gewisser Widerspruch insofern, als die größere Meinungsfreiheit, einschließlich der Freiheit zur Kritik, insbesondere im Fernsehen, vielleicht einen positiven Einfluß auf die russische Gesellschaft haben könnte, und angesichts Ihrer echten Popularität, es Ihnen nicht schaden könnte?

VLADIMIR PUTIN: Zunächst einmal, bezweifle ich, daß Sie über alles in formiert sind, was die elektronischen Medien in Rußland verbreiten. Das Kabelnetzwerk expandiert schnell. Ich meine, daß inzwischen rund 19.000 elektronische Medien. Kanäle und 40.000 neue Presse-Medien geschaffen wurden. Wie ich schon in der Vergangenheit sagte, selbst, wenn wir die Verbreitung der nachrichten über diese Medien kontrollieren wollten, wäre es ein unmögliches Unterfangen. Und die Leute sagen darin, was sie denken, und sagen möchten.

Ich habe bereits darüber gesprochen, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben. Zweifellos sind ihnen die großen sozialen Projekte bekannt, die wir gegenwärtig durchführen. Dazu gehört der Kampf gegen die Armut, Verbesserung der demographischen Situation, Anhebung des Gesundheitsstandards, Errichtung neuer Wohnsiedlungen und Entwicklung der Landwirtschaft, einer der empfindlichsten Bereiche unserer Wirtschaft. Die von Ihnen erwähnte positive Medienberichterstattung und die Reaktion der Bevölkerung auf die Arbeit des Präsidenten ist, so scheint es, das Ergebnis der Arbeit der Behörden zur Lösung bestimmter Probleme. Sicherlich machen wir auch Fehler, könnten in bestimmten Bereichen effektiver sein, und es gibt noch eine Fülle von Problemen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Beispielsweise der Kampf gegen die Korruption. Es handelt sich hier um schmerzliche Angelegenheiten, über die jeder besorgt ist. Aber in dieser Beziehung stehen wir nicht allein. Ich möchte hier nicht alle Fälle anführen, aber wir sind über die Vorgänge in anderen Ländern informiert. Beispielsweise die Verhaftung fast aller Städte in Südspanien. Es sind nicht unsere Probleme, und wir wollen nicht mit dem Finger auf irgendjemand zeigen. Wir haben unsere eigenen Fehler und Fehleinschätzungen gemacht. Beispielsweise den Ersatz von Bargeldzahlungen gegen soziale Dienstleistungen. Beschäftigen Sie sich mit der damaligen Medienberichterstattung, und Sie werden sehen, daß es viel Kritik an den Behörden gegeben hat. Es verging kein Tag und kein Programm ohne Kritik. Wenn wir einen Fehler begehen, folgt die Kritik sehr schnell nach. Wenn es uns aber gelingt, Probleme zu lösen, werden wir natürlich weniger Kritik ausgesetzt sein. Möglicherweise wäre mehr Kritik angebracht. Die Digital-Technik entwickelt sich schnell, und wahrscheinlich wird es in Kürze so viele verschiedene Wege und Kanäle geben, auf denen der Öffentlichkeit Informationen vermittelt werden, daß die Durchführung irgendeiner Form von Kontrolle völlig unmöglich sein wird.

Der Gedanke, daß die Medien in Rußland einer Kontrolle unterliegen, ist überwiegend ein Mythos. Aber es gibt drei Fernsehkanäle, die als staatliche Kanäle bezeichnet werden. In

der Realität ist die Situation etwas anders. Formell existiert lediglich ein staatlicher Fernsehkanal, Rossia. Der Staat hält auch Anteile an einem weiteren Kanal, Kanal 1. NTV ist ein Gemeinschaftskanal im Besitz von Gazprom, und Gazprom, wie sie wissen, ist ein Gemeinschaftsunternehmen mit einer großen Anzahl ausländischer Anteilseigner. Sehen Sie sich beispielsweise Frankreich an. Ich weiß nicht genau, wem der Fernsehkanal Bouygues gehört, aber der Staat hält einen kontrollierenden Aktienanteil, und es scheint niemand etwas auszumachen. Die Lage in Rußland ist also keineswegs einzigartig.

NIKKEI: Meine Frage mag ein wenig befremdlich klingen. Aber sie steht im Zusammenhang mit der Marktwirtschaft. Es mag Sie überraschen, wenn ich Ihnen sage, daß sich die Schlagzeilen der japanischen Zeitungen gestern mit Rußland beschäftigt haben. Mit Rußlands Entscheidung, den Export von Krabben einzustellen. Das hat die Japaner überrascht. Sie können ohne Krabbenfleisch keine Sushi herstellen, und sie sind für die Herstellung auf russisches Krabbenfleisch angewiesen. Beabsichtigt Rußland wirklich, den Export von Krabben einzustellen?

Und eine zweite Frage von großer Bedeutung für Herrn Abe, der beabsichtigt, Rußland zu besuchen. Werden Sie Herrn Abe zu sich einladen?

VLADIMIR PUTIN: Ja, es wird mir ein Vergnügen sein, Herrn Abe nach Rußland einzuladen und eine nicht geringere Freude, ihn zu treffen. Je öfter japanische Staatsvertreter und Geschäftsleute Rußland besuchen, desto besser. Sie wissen, daß führende japanische Autofirmen beschlossen haben, in Rußland zu investieren. Toyota hat bereits mit dem Bau einer Fertigungsanlage in Rußland begonnen, und die Arbeit geht schnell voran. Auch Nissan ist bereits mit der Errichtung einer Produktionsstätte befaßt. Mehrere andere Unternehmen der Fahrzeugbranche haben mit Investitionen begonnen, und wir begrüßen das außerordentlich.

Die Investitionen steigern sich in allen Bereichen. Im vergangenen Jahr sind sie auf 13 Prozent angestiegen, und ein weiterer Anstieg um mehr als 20 Prozent war schon in den ersten vier Monaten dieses Jahres zu verzeichnen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, beliefen sich die Investitionen im vergangenen Jahr auf \$ 26 Milliarden, und in diesem Jahr werden sie zweifellos mehr als \$ 30 Milliarden betragen.

Was das Krabbenfleisch betrifft, werden wir die Ausfuhr selbstverständlich nicht verbieten. Aber wir wollen den Schmuggel beenden und hoffen, daß unsere japanischen Kollegen uns dabei unterstützen werden. Ich bedaure, daß wir in dieser Hinsicht noch nicht sehr viel Hilfe erfahren haben, und die Menge des Krabbenfleisches und anderer Fischprodukte, die in japanischen Häfen entladen werden, übersteigt bei weitem das in den Zolldokumenten ausgewiesene Volumen. Selbstverständlich ist Rußland in erster Linie für die Situation verantwortlich, und wir müssen diesen Sektor bei uns regulieren und sicherstellen, daß alles die vorgeschriebenen Zollformalitäten durchläuft. Es kann nicht angehen, daß Schiffsladungen außerhalb der russischen Hoheitsgewässer und des Zollbereichs einfach umgeladen werden. Aber wir benötigen eine ehrliche Zusammenarbeit und echte Partnerschaft auf diesem Gebiet. Ich hoffe, daß der Japanische Premierminister und ich dieses Problem besprechen, und eine annehmbare Lösung finden können. Wenn wir in diesem Bereich nicht tätig werden, werden wir uns bald derselben Situation gegenüber sehen, wie sie von anderen Teilen der Weltmeere bekannt ist, in denen die Japaner traditionell dem Fischfang nachgehen, und wo es heute fast keine Fischbestände mehr gibt. Einige der ehemals traditionellen Fischfangplätze werden sich niemals wieder erholen. Wir müssen uns an die Fehler der Vergangenheit erinnern, um sie heute und in der Zukunft nicht zu wiederholen. In dieser Hinsicht ist unsere Zusammenarbeit sehr wichtig.

Ich mag Sushi auch sehr gern, aber ich ziehe Thunfisch vor.

WALL STREET JOURNAL: Angesichts des Ausmaßes der öffentlichen Unterstützung für die Behörden, möchte ich an die Frage meines Kollegen anschließen. Man kann über das

harte Vorgehen der Behörden gegen die Oppositionskräfte, die sich am ‚Marsch der Dissidenten‘ beteiligen, erstaunt sein. Und sie sagten selbst, daß es sich bei ihnen lediglich um eine Randgruppe der Gesellschaft handelt. Diese staatliche Reaktion scheint die Sympathie für diese Oppositionsgruppen nur zu steigern. Warum gehen die Behörden so hart mit ihnen um?

VLADIMIR PUTIN: Bedenken Sie, wie sich die Polizei in Ländern Europas verhält: Schlagstöcke, Tränengas, Elektroschockgeräte – in Deutschland sind bereits 70 Personen durch den Einsatz solcher Geräte getötet worden – Gummigeschosse. Wir haben in Rußland ein Sprichwort. Da Sie Russisch sprechen, werden Sie es verstehen: „Man darf nicht den Spiegel dafür verantwortlich halten, wenn der eigene Gesichtsausdruck verschlagen ist.“

Jeder sollte begreifen, daß wir in Übereinstimmung mit den Gesetzen leben müssen. Die örtlichen Behörden sind für die Entscheidung darüber verantwortlich, wo sich die Menschen versammeln, demonstrieren usw. können. Selbstverständlich haben die Menschen das Recht, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, und es ist die Pflicht des Staates zu gewährleisten, das jeder dieses Recht auch ausüben kann, und zwar unbeschadet davon, ob der Betreffende mit der Politik des Staates oder örtlicher Regierungen einverstanden ist, oder nicht. Im allgemeinen organisieren die Leute Demonstrationen, um ihr Mißfallen zum Ausdruck zu bringen, und dieses Recht muß zweifellos geschützt werden. Aber die Ausübung dieses Rechts darf nicht zu Hindernissen für andere Bürger werden und sollte weder den Verkehr behindern, noch die Leute daran, ihren Arbeitsplatz pünktlich zu erreichen. Außerdem darf die Ausübung des Demonstrationsrechts nicht zur Gefährdung für Leben und Gesundheit anderer werden. Wenn die Demonstranten die Behörden vorsätzlich provozieren, indem sie ihre Demonstrationen dort veranstalten, wo sie genau diese Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bewirken, sind die Behörden zum Einschreiten gezwungen, um diese Ordnung wieder herzustellen. Bisher haben wir, Gott sei Dank, niemals zu extremen Methoden greifen müssen, wie sie in einigen westeuropäischen Ländern zur Anwendung gelangen. Wie ich sagte, jeder, der in Rußland demonstrieren will, hat das Recht dazu, muß sich dabei aber auf die Örtlichkeiten beschränken, die ihm von den örtlichen Behörden zugewiesen worden sind. Wenn sie es wünschen, können Demonstranten rund um die Uhr demonstrieren, laut oder stumm, mit Plakaten, wie es ihnen gefällt. Und natürlich sollten auch die Medien anwesend sein und darüber berichten, so daß das Volk über die Vorgänge informiert wird. Insgesamt ist dies für unser Land positiv, für die örtlichen und regionalen Behörden. Aber, wie ich sagte, alles muß sich im Rahmen des geltenden Rechts vollziehen.

DER SPIEGEL: Sie werden nächste Woche in Heiligendamm ein großes Polizeiaufgebot sehen. Werden Sie Frau Merkel daran erinnern, daß sie sich erst kürzlich zum Recht auf Demonstrationsfreiheit geäußert hat?

VLADIMIR PUTIN: Hier geht es nicht um die Demonstrationsfreiheit. Als Angela [Merkel] und ich in Hamburg über die Vorfälle sprachen, ging es nicht darum, daß sich die Leute grundlos entschlossen hatten, auf die Straße zu gehen. Sondern sie demonstrierten als Reaktion auf von der Polizei durchgeführte präventive Festnahmen und Durchsuchungen. Diese Präventivmaßnahmen lieferten den Demonstrationsgrund. Das war es, wozu ich mich bei dieser Gelegenheit geäußert hatte. Die Teilnehmer an der Pressekonferenz zogen es vor, diese Angelegenheit schweigend zu übergehen. Aber als Gastgeber der Pressekonferenz hielt ich es für falsch, diesen Punkt weiter auszuführen. Ich habe es vorgezogen, mich weiterer Kommentare zu enthalten und die Reaktion des völligen Schweigens darüber zu akzeptieren. Aber bei meinen Ausführungen ging es genau um die präventive Natur dieser Aktionen.

Was die Gewährleistung der Sicherheit bei großen internationalen Veranstaltungen

betrifft, beispielsweise der G8-Gipfel, wo ein Land der Gastgeber für so viele Personen ist, und zwar nicht nur für Vertreter von Regierungen anderer Staaten, sondern auch für Journalisten und Fachleute, insgesamt tausende von Personen, die an der Veranstaltung direkt beteiligt sind, ist das Gastgeberland verpflichtet, deren Sicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig muß aber auch das Recht derjenigen gewährleistet sein, die ihre Kritik an dem Ereignis artikulieren möchten. Mögen sie sich dort versammeln, wo das Fernsehen vertreten ist, so daß Millionen von Menschen über die Meinung der Opponenten ebenfalls informiert werden. Aber das genügt ihnen nicht – sie sind auf Konfrontation aus. Und wenn sie kämpfen wollen, bin ich sicher, daß sie ihren Kampf auch bekommen werden.

KOMMERSANT: Vladimir Vladimirovich, der Präsident Kasachstans, Nursultan Nazarbajev, hat schon längst gesagt, daß anstelle der ehemaligen Sowjetunion eine Eurasische Union geschaffen werden sollte. Mir scheint, daß auch Sie diesen Vorschlag unterstützen. In dieser Hinsicht möchte ich Sie fragen, ob es möglich wäre, diesem Gedanken Form zu geben, bevor ihre Amtszeit endet? Welche Rolle könnte die neue Pipeline, einschließlich der Zentralasiatischen Pipeline, bei diesem Projekt spielen?

VLADIMIR PUTIN: Ich glaube nicht, daß wir versuchen sollten, schwerwiegende und wichtige Ereignisse in internationalen Angelegenheiten in der nachsowjetischen Ära mit bestimmten Daten in Verbindung zu bringen. Es war der Stil der Sowjetunion, dafür zu sorgen, daß die Ereignisse mit den Feiertagen des 7. November oder 1. Mai zusammenfielen. Und wenn man uns sagt, eine Entscheidung über den Kosovo sollte ebenfalls innerhalb dieses oder jenes zeitlich abgesteckten Rahmens fallen, dann handelt es sich um den sowjetischen Ansatz. Wir sollten nicht versuchen, Ereignisse in einen engen Zeitrahmen zu pressen, sondern der natürlichen Entwicklung den Vorzug geben. Es besteht ein großes Integrationsbedürfnis in der nachsowjetischen Ära. Es wäre nicht nur zum Wohle aller, die in der nachsowjetischen Ära leben, sondern auch zum Vorteil unserer Hauptpartner in Europa und überall auf der Welt, weil potenzielle Vorteile für unsere Partner direkt davon abhängig sind, wie effektiv wir in der Lage sind, miteinander zu kooperieren, und wie ausgewogen diese Kooperation sich gestaltet.

Sie erwähnten unser letztes Abkommen in Zentralasien im Bereich der Öl- und Gasproduktion, einschließlich des Abkommens zum Bau einer zusätzlichen Gaspipeline durch Turkmenistan nach Kasachstan und weiter nach Rußland. Die Reaktionen unserer amerikanischen Kollegen auf dies Entscheidung haben mich überrascht, denn sie behaupten, Europa und Amerika seien ausgesperrt worden, und dies sei ein schwerer Fehler. Alles das ist Unsinn. Es handelt sich um einen zusätzlichen Transportweg von Zentralasien und von Rußland zu unseren traditionellen Hauptkunden. Wir haben der ganzen Welt laut und deutlich verkündet, daß wir unsere Produktion steigern werden, neue Transportkapazitäten schaffen, und zusätzliche Lieferungen garantieren werden. Das ist ein Grund zum feiern. Was kann daran schlecht sein? Aber diese Transportprojekte sind bei weitem nicht der einzige Faktor, der zur Integration beitragen wird.

Wir hatten, und haben auch heute noch ein Eisenbahnnetz. Es existiert eine Infrastruktur, die auch in der nachsowjetischen Ära operiert. Außerdem haben wir die regionale Zusammenarbeit gefördert und weiterentwickelt.

Sie erwähnten den Präsidenten Kasachstans. Siebzig Prozent des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Rußland und Kasachstan erfolgt auf der regionalen Ebene, und dasselbe trifft auf fast alle Staaten der Russischen Föderation zu. Mit anderen Worten: Unsere wirtschaftlichen Bindungen haben seit dem Ende der Sowjetära ein solches Maß an Verflechtung erreicht, daß das volle Ausmaß dieser Verbindungen auf den ersten Blick kaum zu übersehen ist.

Gelegentlich empfinde ich es nur als lächerlich, wenn ich absolut unprofessionelle Erklärungen von einigen unserer Partner in Europa oder in den Vereinigten Staaten darüber höre, was sich hier ereignet, und was wir unternehmen müssen, um die

Energiefrage zu lösen. Sie können alle lesen und sollten sich zunächst mit den ihnen vorliegenden Dokumenten vertraut machen, bevor sie sich äußern.

Wirtschaftliche Integration in der nachsowjetischen Ära ist bezüglich der Sicherung der regionalen Stabilität ebenfalls von höchster Bedeutung. Die ganze Welt ist an der Entwicklung von Stabilität in diesem Teil Eurasiens interessiert, aber es kann sich nur um einen natürlich gewachsenen Prozeß auf der Grundlage gegenseitiger Beziehungen handeln, wobei die gemeinsamen Interessen zu berücksichtigen sind. Wir müssen mit vielen unserer Partner gemeinsame Interessen finden, und der Integrationsprozeß setzt sich selbst in Fällen fort, wo er noch nicht durch Gesetze und Regelungen festgeschrieben ist. Ich bin sicher, daß sich dieser Prozeß fortsetzen wird.

THE TIMES: Wären Sie bereit zu akzeptieren, daß die Ukraine ein Mitglied der Europäischen Union wird? Wie stehen Sie dazu?

VLADIMIR PUTIN: Ich stehe dem positiv gegenüber. Wir unterstützen generell alles, was die Europäische Union stärkt. Sie werden sicher wissen, daß wir uns zu diesem Prozeß niemals negativ geäußert haben. Aber ich bin nicht sicher, inwieweit die Europäische Union selbst darauf vorbereitet ist, neue Mitglieder aufzunehmen, einschließlich der Ukraine. Aber das ist nicht unsere Sache. Wie ich es sehe, ist die Europäische Union darauf noch nicht ausreichend vorbereitet. Wenn es zu einer zusätzlichen Erweiterung kommt, die Länder Südeuropas, wären die Balkanstaaten, die noch nicht beigetreten sind, die ersten Kandidaten auf der Liste. Die Ukraine ist ein Land mit 45 Millionen Einwohnern, und wie wir sehen, hat es enorme wirtschaftliche und politische Probleme. Aber wenn der Zeitpunkt gekommen ist, an dem die Ukraine in der Lage ist, sich der Europäischen Union anzuschließen, würden wir dagegen keinerlei Einwände erheben.

Ich bin stets über provokative Diskussionen bezüglich des laufenden Integrationsprozesses in der nachsowjetischen Ära überrascht. Wir verhandeln beispielsweise über die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, der Rußland, Ukraine, Belarus und Kasachstan umfaßt, und die Leute beginnen darüber zu diskutieren, ob die Ukraine ihre zukünftige Entwicklung an Europa oder Rußland binden möchte. Diesen Leuten scheint entgangen zu sein, daß Rußland und die Europäische Union Abkommen über die Einrichtung von vier gemeinsamen Bereichen in der Wirtschaft, Sicherheit und der humanitären Sphäre unterzeichnet haben. Und wenn Rußland und Europa dieses gemeinsame Rahmenwerk realisieren, und Rußland gleichzeitig ein gemeinsames Rahmenwerk mit der Ukraine, Belarus und Kasachstan errichtet, würde das nicht zur Harmonisierung des gesamten Eurasischen Raumes führen? Und sollte sich sollte die Ukraine an irgendeinem Punkt in dieser Entwicklung, nachdem sie eine Reihe von Beziehungen eingegangen ist, dafür entscheiden, ein Kandidat für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu werden oder der Europäischen Union sogar beitreten, würde diese gesamte Prozeß den Vorgang zweifellos vereinfachen und dazu beitragen, die Chancen der Ukraine zu verbessern.

Ich vermag die Logik hinter dieser Art von Diskussion, wie ich sie erwähnte, nicht zu erkennen. Es scheint mir so, daß es sich lediglich um medienwirksame politische Slogans handelt. Provokative Slogans, die den Mangel an Bereitwilligkeit erkennen lassen, sich mit der Substanz dessen, was sich ereignet, zu beschäftigen. Die von uns in der nachsowjetischen Ära betriebenen Integrationsprojekte sind für niemand ein Hindernis, führen nicht zu Beschränkungen und errichten keine Schranken für die Entwicklung der Länder.

Der hinter dem Projekt zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von den vier Staaten, die ich erwähnte, stehende Hauptgedanke, ist die Errichtung eines gemeinsamen Tarif-Gefüges. Nichts weiter. Interessant ist, daß es hauptsächlich Rußland ist, das man darum bittet, diese gemeinsamen Tarife anzuwenden. Warum war der Präsident

Kasachstans der Initiator dieses Projekts? Weil Kasachstan wünscht, daß Rußland gemeinsame Tarife auf dem Energie- und Transportsektor anwendet. Es war seine Initiative, aber wir sind im gemeinsamen Interesse dazu bereit.

Aber jetzt hat man es so dargestellt, als sei es Rußland gewesen, das mit diesem Projekt begonnen hat, und daß es vor allem uns zum Vorteil gereicht. Niemand wird zu irgendetwas gezwungen. In der Europäischen Union, soweit mir bekannt, wiederholen 85 Prozent aller Gesetze von den nationalen Parlamenten verabschiedeten Gesetze das, was zuvor vom Europa-Parlament beschlossen worden ist. Mit anderen Worten: Die nationale Unabhängigkeit wird beständig weniger, und die Souveränität der Staaten verschwindet nach und nach. Wir, in der nachsowjetischen Ära, haben beschlossen, uns auf gemeinsame Energie- und Transporttarife zu einigen, und das führte zu einem Sturm der Entrüstung, Debatten, politischem Klatsch und Provokation. Und ein solches Verhalten kann eindeutig nicht im Interesse Europas sein. Warum kommt es dazu? Ich verstehe es nicht. Aber ich meine, daß, wie im Fall der russischen Investitionen, sich mit der Zeit alles beruhigen wird, und diese politische Agitation durch Pragmatismus und Vertrauen ersetzt werden wird.

CORRIERE DELLA SERA: Und wie verhält es sich mit der NATO?

VLADIMIR PUTIN: Wir meinen, daß es sich mit der NATO-Erweiterung anders verhält, denn bei der NATO handelt es sich um einen militärisch-politischen Block, und eine solche Erweiterung führt zu Reibungen bei den Beziehungen mit Rußland. Wir sehen für die Ukraine kein Bedürfnis zum NATO-Beitritt, denn niemand hat die Absicht, die Ukraine anzugreifen. Und außerdem sind wir der Meinung, daß das Argument, die NATO-Erweiterung sei geeignet, den Kampf gegen den Terrorismus effektiver zu gestalten, nichts weiter als leeres Gerede ist, das jeden gesunden Menschenverstand vermissen läßt. Die NATO selbst, trägt absolut nichts zur Bekämpfung des Terrorismus bei. Es ist die multinationale Zusammenarbeit, die im Kampf gegen den Terrorismus Wirkung zeigt. Heute sehen wir uns bestimmten Bedrohungen und Herausforderungen gegenüber: Terrorismus, Menschenhandel und Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Verbreitung von Atomwaffen, und man muß fragen, inwiefern Blockpolitik hier wirksam sein könnte?

Aber es gibt dazu noch mehr zu sagen. Wir haben darüber gesprochen, was sich gegenwärtig in internationalen Angelegenheiten ereignet. Wir kennen die Gründe für vermehrte Spannungen usw. Dazu kommt es, weil unsere Partner sich auf bestimmten Gebieten für ein aggressiveres Vorgehen entschieden haben. Sie erwähnten den Fall der NATO und Ukraine. Öffentliche Umfragen haben ergeben, daß 50 bis 70 Prozent, vielleicht sogar 80 Prozent der Bevölkerung in der Ukraine gegen den NATO-Beitritt ist. Dessen völlig ungeachtet, stimmt der US-Kongreß dafür, die Aufnahme der Ukraine in die NATO zu finanzieren. Aber haben sie das Ukrainische Volk danach gefragt, was es wünscht? Warum lassen sie die erklärten Wünsche des Ukrainischen Volkes völlig unberücksichtigt?

GLOBE AND MAIL: Wenn die NATO dadurch Vorteile hinsichtlich der Raketenabwehr hätte, könnte es vielleicht sinnvoll sein? Die Vereinigten Staaten handeln unilateral, aber wäre stattdessen die NATO beteiligt, würde es nicht nach einem imperialistischen Schritt aussehen. Durch die Beteiligung von NATO oder Rußlands, könnten diese Pläne zur Raketenabwehr in einem völlig anderen Licht erscheinen.

VLADIMIR PUTIN: Die Beteiligung der NATO würde grundsätzlich nichts ändern, denn wir wissen, wie bei der NATO Entscheidungen getroffen werden. Sie wurden in derselben Weise im Warschauer Pakt getroffen. In Ostdeutschland gab es einen Witz: Woran kann man erkennen, welches der auf dem Schreibtisch Honneckers stehenden Telefone der direkte Draht nach Moskau ist? Kennen Sie den Witz?

DER SPIEGEL: Nein.

VLADIMIR PUTIN: Die Antwort lautet. Es ist das Telefon, das nur eine Hör- aber keine Sprechmuschel hat. [Gelächter].

Dasselbe gilt für die NATO, außer, daß diese Telefonleitung nicht nach Moskau, sondern nach Washington führt. Und folglich gibt es keinen Unterschied, wenn die NATO an der Spitze des Projekts steht.

Was die Frage des Beitritts anderer Länder betrifft. Ja, wir haben nichts dagegen, aber niemand hat uns gefragt. Wir hören oft das Gerede von europäischer Solidarität, aber über welche Solidarität reden wir? Zwei Länder – Polen und die Tschechische Republik – haben die Stationierung von Raketenabwehrsystemen auf ihrem Territorium gestatten. Man sagt uns, es sei für die Verteidigung Europas unverzichtbar. Aber hat irgendjemand Europa gefragt? War es wirklich eine gemeinsame europäische Entscheidung? Zumindest hätte die Entscheidung von der NATO kommen können, und sei es auch nur aus optischen Gründen. Aber es wurde niemand gefragt. Ich bin sicher, hätte man Europa diese Frage vorgelegt, wäre man sicherlich zu einer Übereinkunft gelangt, aber die Vereinigten Staaten haben nicht einmal einen Gedanken daran verschwendet, in diesem Fall ihre Verbündeten zu konsultieren.

Was Rußland betrifft, haben wir niemals abgelehnt, über dieses Projekt nachzudenken. In der Tat, so merkwürdig es auch erscheinen mag, wir haben es von Anfang an angeboten. Wir haben vorgeschlagen, in dieser Sache von Anfang an zusammenzuarbeiten, aber unser Vorschlag wurde sofort abgelehnt. Später, angesichts der Ablehnung ihrer Pläne in Europa und überall auf der Welt, sagten unsere Kollegen und Partner, daß sie mit uns über das Projekt sprechen möchten. Aber wissen Sie, worauf ihre Vorschläge für eine Zusammenarbeit hinausliefen? Sie wollten, daß wir ihnen unsere Rakete als Ziele für die Ausbildung am Raketenabwehrsystem zur Verfügung stellen. Was für Schlauköpfe mögen wohl auf diesen Gedanken gekommen sein! Einige meiner amerikanischen Kollegen, Freunde, Leute mit sehr viel Erfahrung auf dem Gebiet der Politik und Internationaler Angelegenheiten, reagierten genauso wie Sie, und lachten. Ich beziehe mich auf bedeutende amerikanische Gestalten der politischen Bühne.

Aber wir haben keinerlei substantiierte Vorschläge gehört, keine Vorschläge bezüglich einer weitreichenden Zusammenarbeit, und wir wissen, daß es solche Vorschläge auch nicht geben wird, weil dieses System als Bestandteil der Atomstreitkräfte der Vereinigten Staaten geplant ist. Selbstverständlich wäre es in der Tat merkwürdig, würden sie Rußland plötzlich in ihr Allerheiligstes eintreten lassen. In dieser Sache gibt es nichts weiter zu besprechen. Es ist eine äußerst ernste Angelegenheit. Aber hätten wir Bemühungen erkennen können, daß man bereit gewesen wäre, unsere Ansichten zu berücksichtigen, auch über unsere Sicherheit nachgedacht hätte, um ein gewisses Maß an Ausgewogenheit zu bewahren, und hätten wir gesehen, daß dieses System uns nicht bedroht oder unser eigenes Potenzial unterminiert, wären wir selbstverständlich zu einer Zusammenarbeit bereit gewesen. Aber ich denke, das es höchst unwahrscheinlich ist. Wie ich sagte, Es würde bedeuten, uns den Zutritt in ihr Allerheiligstes der atomaren Streitkräfte zu ermöglichen, und das ist, wie jeder einsehen wird, eine schwere Entscheidung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bis wir uns wiedersehen.